

Stand: 25.06.2026 02:49:16

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/3941

"Haushaltsplan 2015/2016; hier: Zuschüsse für Investitionen - Kompetenzzentrum für Lebensmittel- und Verpackungstechnologie in Kempten (Kap. 07 03 Tit. 893 71)"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/3941 vom 03.11.2014
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/4595 des HA vom 25.11.2014
3. Plenarprotokoll Nr. 33 vom 10.12.2014 (EPL 7)



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Karl Freller, Peter Winter, Erwin Huber, Martin Bachhuber, Jürgen Baumgärtner, Dr. Otmar Bernhard, Markus Blume, Petra Dettenhöfer, Wolfgang Fackler, Christine Haderthauer, Hans Herold, Klaus Holetschek, Sandro Kirchner, Harald Kühn, Walter Nussel, Eberhard Rotter, Heinrich Rudrof, Dr. Harald Schwartz, Reserl Sem, Klaus Stöttner, Ernst Weidenbusch, Georg Winter CSU**

Haushaltsplan 2015/2016;

hier: Zuschüsse für Investitionen – Kompetenzzentrum für Lebensmittel- und Verpackungstechnologie in Kempten (Kap. 07 03 Tit. 893 71)

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Doppelhaushalts 2015/2016 werden folgende Änderungen vorgenommen:

Bei Kap. 07 03 Tit. 893 71 wird der Ansatz für das Jahr 2015 um 200,0 Tsd. Euro und für das Jahr 2016 um 400,0 Tsd. Euro erhöht.

Die Deckung erfolgt aus Kap. 13 03 Tit. 893 06.

Begründung:

Die Region Allgäu besitzt eine mittelständische Verpackungsindustriestruktur, wie sie in dieser Konzentration wohl einmalig in Deutschland bzw. Europa ist. Hinzu kommt eine sehr starke Lebensmittelindustrie, die sich ebenfalls aus mittelständisch geprägten Unternehmen, aber auch großen Konzernen zusammensetzt. Die Kombination aus Verpackungsmaschinenherstellern, Folienproduzenten und lebensmittelverarbeitenden Betrieben sowie lokalen Retailern (Feneberg) bildet ein umfangreiches, vielfältiges und innovatives Industriesegment. Um für diese Branche den Bedarf des Arbeitsmarkts zu decken, wurde 2010 an der Hochschule Kempten ein in Abstimmung mit der Industrie konzipierter Bachelorstudiengang „Lebensmittel- und Verpackungstechnologie“ eingeführt. Aufbauend auf einem Vorschlag der IHK Schwaben und in Abstimmung mit dem Fraunhofer-Institut für Verfahrenstechnik und Verpackung in Freising (IVV) soll nun an der Hochschule für angewandte Wissenschaften Kempten ein „Kompetenzzentrum für Lebensmittel- und Verpackungstechnologie“ für angewandte Forschungs- und Entwicklungsarbeiten aufgebaut werden, das auch für die Lehre genutzt werden soll. Technologischer Schwerpunkt soll das Themenfeld „Haltbarmachung, Abfüllen und Verpacken von Lebensmitteln“ werden. Die Räumlichkeiten des Kompetenzzentrums sollen auch für den Aufbau von Projektaktivitäten des Fraunhofer IVV im Bereich „Neuartige Verfahren zur Haltbarmachung von Lebensmitteln“ genutzt werden. In diesem Themenfeld sieht das IVV einen besonders großen Bedarf der Lebensmittel- und Verpackungsindustrie im Allgäu und umfangreiche Kooperationsmöglichkeiten. Für das Vorhaben sollen vom StMBW für die Hochschule Kempten im Haushalt 2015/2016 Mittel in Höhe von 800,0 Tsd. Euro aus Kap. 15 37 TG 83 bereitgestellt werden. Für die Aufbau- und Sondierungsphase in den Jahren 2015 und 2016 sind somit in Summe 1.400,0 Tsd. Euro (StMBW: 800,0 Tsd. Euro; StMWi: 600,0 Tsd. Euro) erforderlich.

Beschlussempfehlung mit Bericht 17/4595 des HA vom 25.11.2014

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Klaus Stöttner

Abg. Annette Karl

Abg. Alexander Muthmann

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Erwin Huber

Abg. Claudia Stamm

Abg. Natascha Kohnen

Abg. Thomas Mütze

Staatsministerin Ilse Aigner

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Haushaltsplan 2015/2016

Einzelplan 07 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie

hierzu:

Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drsn. 17/3941 und 17/3942)

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 17/4118 mit 17/4134)

Änderungsanträge von Abgeordneten der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 17/4364 mit 17/4366)

Änderungsanträge von Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 17/4237 mit 17/4255)

Im Ältestenrat wurde für die Aussprache eine Gesamtredezeit von einer Stunde und 30 Minuten vereinbart. Die einzelnen Fraktionen wissen, wie viele Minuten auf sie entfallen. Ich darf damit die Aussprache eröffnen und erteile für die CSU Herrn Kollegen Stöttner das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Klaus Stöttner (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Gäste aus dem Stimmkreis von Frau Kollegin Schreyer-Stäblein auf den Rängen! Ich möchte zuerst unserer Präsidentin und dem Landtagsamt für die gestrige gelungene Weihnachtsfeier im Senatssaal einen herzlichen Dank aussprechen. Zum guten Wirtschaften in der Politik gehört auch, nach einem erfolgreichen Jahr einmal innezuhalten und an runden Tischen den Erfolg des letzten Jahres zu begehen. Vielen Dank Ihnen, Frau Präsidentin, und Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die würdige Gestaltung des gestrigen Abends.

(Allgemeiner Beifall)

Erfolgreiches Wirtschaften, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, heißt, mehr richtig als falsch zu machen. Mit dem Doppelhaushalt 2015/2016 wird der sehr erfolgreiche haushaltspolitische Kurs fortgesetzt, den die Staatsregierung seit Jahrzehnten pflegt, ohne die Kernaufgaben des Staates zu vernachlässigen.

Obwohl es sich mit Beträgen von 918 Millionen Euro im Jahr 2015 und 923 Millionen Euro im Jahr 2016 um einen im Vergleich zum Gesamthaushalt in Höhe von 53 Milliarden Euro überschaubaren Haushalt handelt, ist entscheidend, welche Akzente hier gesetzt werden. Schon Otto Wiesheu hat immer gesagt: Nicht die Menge des Geldes ist entscheidend, sondern der richtige Einsatz und die Impulse, die daraus entstehen. Ja, meine Damen und Herren, mit einer Investitionsquote von 43,5 % setzt der Einzelplan 07 klare Akzente für die Regionalförderung des Handwerks und des Handels, die außeruniversitäre Forschung, aber auch für die Medien- und Filmförderung und die traditionelle heimische Tourismuswirtschaft.

Ich möchte hier und heute nochmals deutlich machen, dass es die Regierungspartei und die Staatsregierung geschafft haben, aus dem armen Agrarland Bayern, einem Empfängerland beim Länderfinanzausgleich – das wird oft vergessen –, das europaweit erfolgreichste Bundesland zu machen, indem sie der Wirtschaft die notwendigen Rahmenbedingungen gegeben haben. Zentral ist zum Einzelplan 07 des Haushalts festzustellen, dass es der Bayerischen Staatsregierung durch die bewusste Auswahl verschiedener kooperativer Steuerungsinstrumente gelungen ist, gesellschaftliche Ziele und die Interessen der Wirtschaft so in Einklang zu bringen, dass es sich für beide Seiten gelohnt hat.

Ich möchte Ihnen nur einige Beispiele nennen. In Bayern erhält jeder erfolgreiche Absolvent der beruflichen Weiterbildung zum Meister oder zu einem gleichwertigen Abschluss den Meisterbonus der Bayerischen Staatsregierung in Höhe von 1.000 Euro. Diese Meisterprämie mit insgesamt 19 Millionen Euro und das Meister-BAföG mit 54,5 Millionen Euro setzen Maßstäbe für die Bedeutung der qualifizierten Fachkräfteausbildung in diesem Haushalt. Das Handwerk ist elementarer Bestandteil einer ge-

sunden und leistungsfähigen Wirtschaft in Bayern. Der Freistaat Bayern setzt seit jeher mit Erfolg auf eine mittelständische Wirtschaftsstruktur und damit auf ein starkes Handwerk. Geschuldet ist diese herausragende Grundlage der bayerischen Facharbeiter natürlich der exzellenten bayerischen dualen Ausbildung an unseren Berufsschulen. Hier wirken Wirtschaft und Bildung wie die Zahnräder eines Präzisionsuhrwerks zusammen.

Besonders freut mich, dass Wirtschaftsministerin Aigner im Haushalt einen kleinen, feinen Akzent auf den neu auszurichtenden Preis "Familienfreundliches Unternehmen" gesetzt hat und für diesen Titel eine Umschichtung von 200.000 Euro ausgelobt wurde. Ich gratuliere. Ein kleiner, aber feiner Akzent unterstreicht unsere positive Wertschätzung der Familienunternehmen.

(Beifall bei der CSU)

Mit dem Bayerischen Zentrum für Kultur- und Kreativwirtschaft wurde ein Zeichen der Unterstützung dieser Wachstumsbranche gesetzt. Es soll die Innovationskraft bündeln und weitere Wachstumspotenziale erschließen.

Für mich ist wirklich unverständlich, dass die GRÜNEN – leider sind nur wenige da – in einem Antrag die Kürzung der Haushaltsmittel für die Errichtung und Ausstattung von Schulungsstätten der Wirtschaft um jeweils 1,5 Millionen gefordert haben, zumal einige Projekte wie die Fortbildungszentren in Marktredwitz und Passau sowie die Erweiterung der IHK Schwaben und der IHK Würzburg anstehen. Diverse Clusterinitiativen, die eine Weiterführung dieses guten Netzwerks betreffen, wurden mit einem Kürzungsantrag bedacht. Dazu freue ich mich auf die Argumentation heute.

Meine Damen und Herren, sehr positiv ist die Erhöhung der Film- und Medienförderung im Doppelhaushalt 2015/2016. Der FilmFernsehFonds Bayern – FFF Bayern - ist die zentrale Anlaufstelle für die Film- und Fernsehförderung in Bayern und hat in der Filmbranche einen europaweit herausragenden Ruf. Das Fördervolumen des FFF Bayern beträgt rund 23 Millionen Euro jährlich. Gefördert werden die Herstellung

von Kino- und Fernsehfilmen einschließlich der Arbeiten am Drehbuch und der Produktionsentwicklung und die Produktion von Nachwuchsfilmen, mit denen wir in Bayern oft hervorragende Ergebnisse erzielen. Mit der Ausweitung der Förderung regionaler und überregionaler Filmfestivals um 300.000 Euro und der verstärkten Förderung von internationalen Filmprojekten setzen wir im Doppelhaushalt Schwerpunkte für den Filmstandort Bayern. Dankbar bin ich der Ministerin auch dafür, dass sie mit der bekannten und beliebten Schauspielerin Veronica Ferres als bekennender Liebhaberin Bayerns beim Bayerischen Tourismustag die Filmkulisse Bayern als Mittelpunkt der Filmemacherei herausgestellt hat und mit sehr persönlichem Einsatz und mit Unterstützung des Staatssekretärs Pschierer den Scheinwerfer auf Bayern leuchten lässt. Herzlichen Dank Ihnen beiden!

(Beifall bei der CSU)

Meine Kolleginnen und Kollegen, wichtig bei der Aufstellung des Haushalts war auch die Stabilisierung der regionalen Fernsehsender durch eine Technikförderung mit einem Volumen von 10 Millionen Euro pro Jahr. Wir schätzen die hochwertige Berichterstattung über die lokalen Veranstaltungen besonders mit Blick auf die Ehrenamtlichen in den Vereinen. Unser Kollege Oliver Jörg betont ständig, dass wir die Wertschätzung der Ehrenamtlichen stärker verdeutlichen müssen. Daher habe ich kein Verständnis für das Anliegen der GRÜNEN, diese wichtige Förderung komplett zu streichen. Diesem Antrag konnten wir nicht zustimmen.

Eine weitere Medienförderung in Höhe von 5 Millionen Euro erfährt in der Digitalisierungsoffensive der neu veranschlagte Titel für Internet und digitale Medien mit dem WERK1. Das WERK1 ist ein Gründerzentrum für die digitale Wirtschaft in Bayern. Dabei stellt die Einrichtung in der Nähe des Münchener Ostbahnhofs alles zur Verfügung, was ein junges Unternehmen zum Wachsen braucht. Hinter dem WERK1 steht ein gründerfreundliches Konzept für Miete, Gemeinschaftsaktivitäten und Beratungsangebote. Bayern schafft damit ein gründerfreundliches Klima für die digitale Szene. Ziel dieser Schritte ist es, Bayern zum Spitzenreiter in Sachen Existenzgründungen zu

machen. Dabei dürfen aber die klassischen Branchen wie Handel, Handwerk und das Hotel- und Gaststättengewerbe nicht vergessen werden.

Ich komme zur Regionalförderung. Ziel der Regionalförderpolitik ist es, strukturschwache Regionen nachhaltig zu unterstützen und deren Standortnachteile auszugleichen. Wir wollen damit unserem Grundsatz der gleichwertigen Lebensbedingungen gerecht werden und diesen Standortnachteilen entgegenwirken. Für die Regionalförderung einschließlich der Investitionsförderung im Tourismus stehen in diesem Doppelhaushalt 125 Millionen bzw. 120 Millionen Euro bereit. Die Tourismusförderung verfolgt den Zweck, eine nachhaltige Entwicklung zu ermöglichen, um für unsere Gäste, aber auch für die bayerischen Bürger einen Qualitätsstandard zu schaffen. Die Förderung soll der Qualitätsverbesserung der Tourismusinfrastruktur in den touristischen Fördergebieten dienen, ihren Erholungswert erhöhen und damit ihre Wirtschaftskraft steigern.

Als übergeordnetes Ziel soll die Infrastrukturförderung die Wettbewerbsposition Bayerns gegenüber nationalen und internationalen Urlaubsdestinationen stärken. Wir haben daher für die Tourismuswerbung einen erhöhten Ansatz von 11 Millionen Euro vorgeschlagen, bisher waren es 8,7 Millionen. Mit diesen zusätzlichen Mitteln für 2015 ist es möglich, die Bereiche Onlinemarketing, Gesundheits- und Jugendtourismus und die Weiterentwicklung der Barrierefreiheit stärker zu fördern. Ein wichtiger Ansatz, meine Kolleginnen und Kollegen, war und ist uns dabei, die oft auf fünf Jahre begrenzten europäischen Förderprojekte, die eine Nachhaltigkeit vermissen lassen, auf eine stetige Landesförderung umzustellen. Diese erhöhte Förderung wird sowohl den vier bayerischen Tourismusverbänden als auch dem Heilbäder-Verband zugutekommen, die somit stabil für 2015 aufgestellt sind. Der Tourismus, meine Damen und Herren, bekommt in dem neuen Wirtschaftsministerium immer mehr die Bedeutung, die er verdient. Wir stehen hier vor großen Herausforderungen, um im internationalen Wettbewerb an der Spitze zu bleiben und trotzdem die schöne Landschaft und die Herzlichkeit der Menschen in unserer Heimat zu erhalten.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Der Wirtschaftsministerin und ihrer Mannschaft, den Mitarbeitern, die den Doppelhaushalt erarbeitet haben, dem Haushaltsausschussvorsitzenden Peter Winter und den Mitgliedern des Haushaltsausschusses, die über 40 Änderungsanträge zum Einzelplan 07 beraten haben, müssen ein großer Dank und ein Lob ausgesprochen werden.

(Beifall bei der CSU)

Ich danke den Kolleginnen und Kollegen unserer Fraktion und der Opposition für das menschlich gute Miteinander. Unsere Diskussionen waren geprägt von unterschiedlichen Ansichten über die Verteilung des Kuchens.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen mit diesem Haushalt den Mittelstand als Motor der bayerischen Wirtschaft unterstützen und als Getriebe und Navigationssystem fungieren, den richtigen Gang einlegen und die bayerischen Unternehmer verantwortungsvoll begleiten. Mit diesem Doppelhaushalt werden Anreize geschaffen und Impulse gesetzt, um die Gründerszene zu aktivieren und zugleich dem Fachkräftenachwuchs Stabilität und Wertschätzung zu geben. Dieser Doppelhaushalt zeichnet sich durch einen zukunftsweisenden Wirtschaftsetat aus, der ausgewogen auf die neuen Zukunftsthemen setzt, aber die traditionellen Branchen nicht vergisst. Auch mit dem bewusst gesetzten Hightech-Standort München, der sich im internationalen Wettbewerb zum Beispiel mit San Francisco und anderen Standorten befindet, wird dies ein Leuchtturmprojekt für ganz Europa werden. Dabei werden die strukturschwachen Regionen im Netzwerk nicht vergessen.

Der Wirtschaftsetat ist ausgewogen, mutig und zukunftsgerichtet, und er zeigt, dass wir wissen, welch armes Agrarland Bayern früher war. Wir wissen, dass wir Stabilität und Sicherheit brauchen, und wir wissen, wohin wir wollen; denn die Unterstützung der Arbeit ist und bleibt die Grundlage unseres Wohlstands in Bayern. – Vielen Dank fürs Zuhören.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die SPD-Fraktion darf ich jetzt Frau Kollegin Karl das Wort erteilen. Bitte schön, Frau Kollegin.

Annette Karl (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal bekunde ich der Präsidentin und ihren Mitarbeitern meinen herzlichen Dank für die wunderschöne Weihnachtsfeier und die Mühe, die Sie alle sich dafür gegeben haben.

(Allgemeiner Beifall)

Desgleichen möchte ich mich genauso wie der Kollege Stöttner bei den Mitgliedern des Haushaltsausschusses für die viele Mühe bedanken, die auch dieses Jahr notwendig war, um den Haushalt zu beraten und aufzustellen.

Liebe Frau Ministerin Aigner, Sie sind vor einem Jahr von Berlin wieder in die Landespolitik in Bayern zurückgekommen. Sie hatten viel Regierungserfahrung und sicher auch große Erwartungen. Diese Erwartungen sind gleich auf die Realität getroffen. Man hat das schon beim Zuschnitt Ihres Ministeriums gemerkt. Sie haben die Zuständigkeiten für Verkehr, Breitband und Landesentwicklung abgeben müssen. Das schränkt die Gestaltungsmöglichkeiten für eine effiziente Wirtschaftspolitik sehr ein. Dies hat auch dazu geführt, dass gerade die Zukunftsthemen Digitalisierung und Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen hinsichtlich der Zuständigkeit zwischen Finanzministerium und Wirtschaftsministerium gesplittet sind. Die Folgen hat man in diesem Jahr gesehen: Jeder macht sein eigenes Ding. Dadurch wird die Schlagkraft eingeschränkt; eine vernünftige, vernetzte Politik ist nicht möglich.

(Beifall bei der SPD)

Sie übersehen dabei, dass gerade die Digitalisierung eben nicht nur Produktionsabläufe verändert, sondern insgesamt den kompletten Begriff von Arbeit, den Begriff von Arbeitszeit und den Begriff von Arbeitsbedingungen. All das ist viel mehr als Industrie 4.0. Hier würden wir uns mehr Engagement wünschen.

(Beifall bei der SPD)

Bayern ist ein sehr erfolgreicher Wirtschaftsstandort. Das muss auch so bleiben, auch bei sinkenden Konjunkturerwartungen und einer schwierigen Weltlage. Bayern ist so erfolgreich, weil die Menschen hier hart arbeiten und die Unternehmer eine vernünftige Arbeit leisten. Vorausschauende Wirtschaftspolitik, Frau Aigner, muss genau dort ansetzen, nämlich bei den Menschen, die diesen Wirtschaftsstandort so erfolgreich gemacht haben und die ihn angesichts der Herausforderungen der Zukunft auch weiterhin so erhalten wollen. Mit Zuschauen und mit Laufenlassen geht nichts voran. Allein die Umsetzung des schönen alten Psychologemottos "Schön, dass wir mit einander geredet haben" führt geradewegs in Stagnation und Rückschritt.

Schauen wir uns die Herausforderungen und die Handlungsmöglichkeiten im Einzelnen an, zunächst einmal die Lohnentwicklung: Es kann nicht sein, dass jede sauer verdiente Lohnerhöhung von Steuern aufgeessen wird. Ich erwarte von der Staatsregierung, dass sie Wirtschaftsminister Gabriel im Bund noch stärker unterstützt

(Beifall bei der SPD – Lachen bei der CSU)

und die Bekämpfung bei der kalten Progression nicht auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschiebt, sondern jetzt anpackt, wo die Einnahmen so hoch sind wie wohl nie mehr in Zukunft. Das kurbelt die Binnenwirtschaft an und ist ein endogenes Konjunkturprogramm nicht für heitere, sondern für härtere Zeiten. Bei ordentlicher Priorisierung ist dies auch unter Wahrung der Haushaltsdisziplin möglich.

(Beifall bei der SPD)

Bleiben wir bei den Menschen, die im Niedriglohnbereich arbeiten: Hier hat der Mindestlohn endlich Untergrenzen eingezogen. Das ist eine Frage der Gerechtigkeit und mitnichten eine Belastung der bayerischen Wirtschaft, so es uns gelingt, die Bürokratie bei den Kontrollen im Rahmen zu halten. Auch dies wäre ein gutes Betätigungsfeld

hinsichtlich Ihres Einflusses in Berlin, nicht der Kampf gegen eine Frauenquote, die sowieso maximal nur 100 Unternehmen betrifft.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zum Stichwort Globalisierung. Unternehmen treffen Standortentscheidungen heute weltweit. Die bayerischen Rahmenbedingungen müssen darauf ausgerichtet werden. Das heißt aber auch, dass sie die bayerische Bauchnabelschau endlich beenden müssen.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zum Thema sinkende Investitionstätigkeit. Der aktuelle Industrierbericht hat gezeigt, dass die Abschreibungen in den Unternehmen mittlerweile höher als die Investitionen sind. Hier gilt es, von staatlicher Seite gegenzusteuern, wo es Handlungsmöglichkeiten gibt. Das heißt zum einen, die öffentliche Investitionstätigkeit deutlich zu erhöhen, und zum anderen, den Kommunen mehr freie Finanzmittel für Zukunftsinvestitionen zu geben. Das wäre ein erster notwendiger Schritt.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zur Herausforderung der gleichwertigen Lebensbedingungen. Nehmen Sie den Verfassungsauftrag endlich ernst! Wir konstatieren, dass sich die Wirtschaft in ganz Bayern nach oben entwickelt hat, die Wirtschaftsstärke in den einzelnen Regionen aber leider unterschiedlich ist. Die Regionen klaffen diesbezüglich immer noch auseinander. Gerade jetzt, wo wir diesen Verfassungsauftrag haben, kürzt das Wirtschaftsministerium aber die regionale Wirtschaftsförderung 2015/2016 kurz und knapp um 32 Millionen Euro. Dies ist absolut kontraproduktiv; denn es trifft genau die schwächeren Regionen.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe diverse Argumente gehört, warum das gemacht wird: Die EU verkleinere die Gebietskulisse; große Unternehmen können aufgrund der Vorschriften nicht mehr so stark gefördert werden; der Betrag sei das letzte Mal nicht komplett abgerufen worden – Das ist alles richtig, aber doch kein Argument dafür, so starke Kürzungen vorzunehmen. Sie könnten nämlich genau die Ausgangsposition nutzen, um neue Schwerpunkte in der Förderung zu setzen,

(Beifall bei der SPD)

wenn auch nicht bei den großen Unternehmen. Setzen Sie einen starken Fokus auf die kleinen und mittleren Unternehmen als Rückgrat der Wirtschaft des ländlichen Raumes, richten Sie einen stärkeren Fokus auf Tourismusförderung! Mit Blick auf einen nachhaltigen Tourismus und eine Qualitätsoffensive ist noch viel Potenzial vorhanden. Dort könnte man das Geld sinnvoll anlegen.

(Beifall bei der SPD)

Anscheinend wurden die Millionen aber dafür gebraucht, um die Finanzierungslöcher im "Nordbayern-Plan" zu stopfen. Das ist Linke-Tasche-rechte-Tasche-Politik. Das ist weder präventive Wirtschaftspolitik noch nachhaltige noch zukunftsfähige Wirtschaftspolitik, sondern einfach nur schlechte Wirtschaftspolitik.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zur Herausforderung Gründerdynamik. Bayern ist beim Gründungsgeschehen immer noch an der Spitze. Das ist gut so. Bei der Dynamik der Gründungen ist es aber weit nach hinten gefallen. Berlin ist dabei, Bayern als Gründungs-Hotspot abzulösen – und das, obwohl wir genau wissen, dass Innovation, dass Entwicklung und Forschung der Grundstock für ein erfolgreiches Wirtschaften sind. Es geht darum, dass wir einen weltweiten Wettbewerb mit Billigprodukten nicht gewinnen können, sondern nur mit Hightech- und Spitzenprodukten. Deshalb reicht es nicht, Gründergeist herbeireden zu wollen. Es geht um Taten. Gestalten Sie den neuen Wachstumsfonds, den

ich begrüße, passgenau aus, verträsten Sie hinsichtlich der Ausstattung nicht auf die nächsten Jahre, in denen die Gelder dann nicht so stark fließen; statten Sie ihn jetzt, am Anfang, mit ausreichend Geld aus!

(Beifall bei der SPD)

Unterstützen Sie die Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen in kleinen und mittleren Unternehmen und im Handwerk stärker. Kümmern Sie sich um eine bessere internationale Vernetzung von Startup-Unternehmen. Auch diese bewegen sich nicht nur im bayerischen Hoheitsgebiet. Stattn Sie die Forschungsförderprogramme wie FLÜGGE, die sehr erfolgreich sind, auch ordentlich mit Geld aus. Unterstützen Sie Technologie-Transferzentren nachhaltig, überlassen Sie die Finanzierungsprobleme nicht immer den Kommunen!

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zur Herausforderung demografischer Wandel. Wir müssen uns darum kümmern, ernsthaft Fachkräftesicherung zu betreiben. Dazu gehört, dass bei der Bildungspolitik – jetzt bin ich wieder bei der Vernetzung von Politik – keiner verloren gegeben werden darf. Wir müssen jedes Potenzial schöpfen. Wir brauchen in Bayern endlich eine echte Willkommenskultur. Wir müssen die Chancen von Zuwanderung sehen. Diesbezüglich war selbst Ihr Vorgänger schon wesentlich weiter als Sie. Auf die kleine Prise Ausländerfeindlichkeit, die die CSU immer wieder hervorholt, würden wir in Zukunft gerne verzichten.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zur Herausforderung Veränderung der Medienlandschaft. Sie haben den Ansatz für die Film- und Forschungsförderung erhöht. Das ist gut so. Alle anderen Themen sind in ihrem Ministerium aber anscheinend überhaupt noch nicht angekommen. Zur digitalen Verbreitung, der Frequenznutzung, der Konkurrenz bei der Nutzung der Frequenzen, zu den Problemen öffentlich-rechtlicher und privater Sender – zu all

diesen Bereichen hört man von Ihnen wenig. Zur Herausforderung Energiewende wird sich später meine Kollegin noch näher äußern. Aber es stimmt schon bedenklich, wenn man hört, dass Wacker zwei Milliarden Euro investiert – nicht in Bayern, sondern in den USA aufgrund der Probleme, die man bei der Energieversorgung und Bezahlbarkeit von Energie sieht.

(Zuruf des Abgeordneten Markus Blume (CSU))

Es stimmt genauso bedenklich, wenn Audi mittlerweile überlegt, seine gesamte Energieversorgung am Standort autark aufzubauen, um sich von der bayerischen Energieversorgung unabhängig zu machen. Hier muss man konstatieren, dass Ministerpräsident Seehofer mit seinem Energiewende-Chaos die Wirtschaft am Standort Bayern nachhaltig gefährdet, und Sie, Frau Aigner, schweigen dazu.

(Beifall bei der SPD)

Frau Ministerin, Bayern ist wirtschaftlich ganz vorne. Es ist unser aller Interesse, dass wir genau dort bleiben. Nutzen Sie deshalb die nächste Zeit für Weichenstellungen. Die Zeit für Reden, die Zeit für Dialoge ist irgendwann vorbei. 2015 muss das Jahr für Entscheidungen und für Handeln werden. Nutzen Sie es!

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER darf ich Herrn Kollegen Muthmann das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Beim Thema Wirtschaftspolitik und Haushalt stellt sich natürlich immer die Frage: Wieviel Einfluss kann die Politik auf die Wirtschaft nehmen, und an welchen Stellen sind Impulse richtig zu setzen?

Zunächst geht es aber im Bereich der Wirtschaftspolitik ganz banal darum, dass die Politik die Unternehmungen in ihrem Tätigwerden nicht behindert, sondern zur Entfaltung kommen lässt. Eines der Beispiele, wo der Bayerischen Staatsregierung das zuletzt nicht gelungen ist – vielfach zitiert –, ist die 10-H-Regel, eine unnötige Vorschrift, wenn es um die Balance zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und dem Schutz der Menschen in Bayern geht. Das ist zulasten der wirtschaftlichen Entwicklung und der Energieversorgung in Bayern entschieden worden.

Darüber hinaus ist es Aufgabe der Politik, da mitzuhelfen und zu steuern, wo die Wirtschaft alleine nicht zurechtkommt, und Impulse zu setzen, wo möglich und wo zulässig. Diese Impulse sind in zweifacher Hinsicht in den Fokus zu nehmen: zum einen geht es um Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung insgesamt und zum zweiten auch um Impulse unter dem Gesichtspunkt, wie wir durch wirtschaftliche Impulse für die Gleichwertigkeit von Lebensbedingungen in ganz Bayern sorgen können.

Das Thema Existenzgründungen hat Frau Kollegin Karl gerade schon beleuchtet. Wenn man den Einsatz von Risikokapital in Bayern mit anderen Bundesländern vergleicht, dann muss man eben sagen, dass da beispielsweise Berlin weit vorne ist. Das ist sicherlich auch ein Grund dafür, dass es in Bayern mit Existenzgründungen nicht so dynamisch weitergeht, wie wir uns das wünschen würden und wie Bayern das auch verdient. Darauf bitte ich ein Augenmerk in Zukunft zu legen und die Indikatoren der Entwicklung anzuschauen und uns beizeiten darüber zu berichten.

Es geht nicht nur um Spitzentechnologie und Existenzgründungen. Nein, es geht vor allem auch um die Bedeutung des Handwerks, des Mittelstands als des Rückgrats der Wirtschaft in Bayern insgesamt. Da ist in der Bildungsdebatte der letzten Wochen und Monate das Augenmerk zu sehr auf die akademische Bildung gelegt worden und zu wenig auf die Frage: Was braucht das Handwerk, was braucht der Mittelstand? Kollege Stöttner hat schon darauf hingewiesen, dass es die Meisterprämie gibt – immerhin. Das ist uns aber gerade angesichts der Herausforderungen, die der Mittelstand hat, wenn es um Facharbeiter und Gewinnung von Meistern insgesamt geht, zu wenig. Wir

wollen das verstärken. Deswegen haben wir an dieser Stelle in unseren Anträgen einen Schwerpunkt im wirtschaftspolitischen Bereich gesetzt. Bildungsgutscheine für die Meisterausbildung sind nicht nur Ausdruck besonderer Wertschätzung gegenüber denen, die sich auf diesen Weg begeben, sondern auch Ausdruck der Wertschätzung im Vergleich zur akademischen Bildung, um eine Balance herzustellen, die wir in unserer Gesellschaft brauchen. Mitunter gab es Debatten, in denen der Eindruck entstanden ist, dass der Mensch erst beim Akademiker richtig anfängt. Das müssen wir ändern, das wollen wir ändern, und das ist im Zentrum unseres Antrags, was die Bildungsgutscheine für die Meisterausbildung angeht.

Dritter Punkt: Breitband und Digitalisierung. Das ist eine richtige Zielsetzung, sowohl was die Breitbandstrategie als auch die Digitalisierung angeht. Da werden in den nächsten Jahren auch die wirtschaftlichen Entwicklungen ganz massiv stattfinden. IT-Dienstleistungen, Telemedizin, Telearbeitsplätze ganz allgemein sind nur drei Beispiele dafür, dass da in den nächsten Jahren die Post sicherlich viel mehr abgeht, als wir uns das heute vorstellen können. Auch das Breitbandprogramm, das zur Zielsetzung hat, in ganz Bayern entsprechende Voraussetzungen zu schaffen, ist richtig und wird von uns unterstützt.

Aber in einer Haushaltsdebatte muss man an dieser Stelle auch sagen, dass im Doppelhaushalt 2015/2016 von den so gepriesenen 1,5 Milliarden Euro tatsächlich nur 400 Millionen Euro ausfinanziert sind, während der deutlich größere Teil über Verpflichtungsermächtigungen in die darauffolgenden Jahre geschoben worden ist.

(Erwin Huber (CSU): Ist doch logisch, weil der Bedarf erst im Laufe der Jahre feststeht!)

- Nein, nein. Sehr geehrter Herr Huber, Ihre Beiträge zur Breitbandentwicklung Bayerns waren noch nie richtig und sind es auch heute nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD – Zuruf von der CSU: Sie haben ja keine Ahnung!)

Hören Sie Ihrem Staatsminister, Herrn Söder, zu, wenn er berichtet, wie viele Gemeinden auf Förderbescheide und dann auf die Auszahlung warten. Das muss schnell gehen. Wenn das nach ihrer Einschätzung bis 2020 – ich weiß nicht genau, was Sie glauben – der Fall sein wird, dann ist das zu spät. Deswegen müssen wir da draufdrücken. Deswegen sind wir auch dafür, dass die Verpflichtungsermächtigungen im Haushaltsplan sind, aber man muss gleichzeitig auch sagen, dass es noch Aufgabe der nächsten Haushalte ab 2017 ist, einen Großteil der 1,5 Milliarden Euro auszufinanzieren.

Über die regionale Wirtschaftsförderung haben wir auch im Haushaltsausschuss schon debattiert. Die Mittel sind im Entwurf der Staatsregierung gegenüber 2014 gesunken. Ein Teil der Begründung ist klar, Kollege Stöttner hat es schon angedeutet: Der Förderrahmen der EU macht es schwieriger, die großen Unternehmen weiterhin zu fördern. Aber die Reaktion, die Mittel zu senken, ist nach unserer festen Überzeugung völlig falsch. Es wäre möglich und auch notwendig gewesen, an anderer Stelle neue Schwerpunkte zu setzen, die Mittel zumindest auf dem Niveau zu belassen, das wir aus diesem Jahr kennen und beispielsweise bei der Tourismusförderung noch deutlich mehr zu machen und einen richtigen Schwerpunkt politischen Handelns zu setzen.

Diese zusätzliche eine Million Euro, die jetzt von der CSU für die Tourismuswerbung, für das Marketing, dazugekommen ist, ist das eine. Aber wir wissen doch auch: Wenn wir die erfolgreichen Unternehmen in dieser Branche anschauen, sehen wir, dass es da vor allem auch um bauliche Qualität und Dienstleistungsqualität des Unternehmens selbst geht. Da sind viele Unternehmen in den letzten Jahren ihren Aufgaben nicht nachgekommen, obwohl die Bedingungen bestens sind: Das Geld ist billig, die Mehrwertsteuer auf Übernachtungen ist bekanntermaßen gesenkt. Angebote, was staatliche Wirtschaftsförderung anbelangt, wären auch zu machen. Wenn man da noch 20 % Zuschuss dazunimmt, dann könnten Investitions- und Rahmenbedingungen kaum besser sein. Da muss man auf die Unternehmen zugehen. Man muss ihnen hel-

fen und die Überzeugung forcieren, dass jetzt die Zeit für Investitionen gekommen ist. Unternehmen und Hoteliers, die jetzt in dieser Phase nichts tun, werden auf Dauer nicht am Markt bestehen können. Der Tourismus ist für Bayern so wichtig, dass politischerseits mehr notwendig gewesen wäre, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wenn es um gleichwertige Lebensbedingungen geht – dies nur noch ganz kurz –, ist immer auch auf die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Wissenschaft in den Regionen hinzuweisen. Übernehmen Sie die Finanzierung der Technologie-Campi endlich als staatliche Aufgabe und lassen Sie die Kommunen damit nicht allein.

Darüber hinaus ist darauf hinzuweisen, dass auch die Clusterförderung endlich einmal evaluiert werden muss, um zu klären, was sinnvollerweise mit Schwerpunktsetzung fortgesetzt werden kann, an welchen Stellen die Wirtschaft mit dabei und engagiert ist und wo die erhofften Impulse ausgeblieben sind.

Mein letzter Punkt ist das Lokalfernsehen – das ist vor allem an die Fraktion der GRÜNEN gerichtet –, das zu stabilisieren ist, soweit das mit staatlicher Hilfe eben möglich ist.

In einer Haushaltsdebatte - das will ich jetzt doch noch kurz sagen - muss man natürlich immer auch die Frage stellen: Woher soll das Geld kommen? Das ist ein durchaus berechtigter Einwand. Da gibt es mehrere Möglichkeiten. Natürlich kann man Schulden machen, natürlich kann man Geld aus Rücklagen entnehmen. Das sind in dieser Phase aber nicht die bevorzugten Wege.

Ich will Ihnen einen weiteren Weg aufzeigen, sehr geehrte Frau Ministerin – da muss ich Sie aber eher als stellvertretende Ministerpräsidentin ansprechen. Dass Herr Eck da ist, freut mich an dieser Stelle; denn die Erfahrungen aus den Haushaltsausschusssitzungen der letzten Woche haben uns schon noch ein weiteres Element deutlich gemacht: Die Exekutive muss mit dem Geld, das wir zur Verfügung stellen, auch verant-

wortungsbewusst umgehen und darf es nicht – man muss das schon sagen - zum Fenster hinauswerfen. Ich will Ihnen ein Beispiel nennen, das wir letzte Woche im Haushaltsausschuss im Rahmen der Hochbauvorlagen hatten. Ein ganz normales Wohn- und Verwaltungsgebäude mit 8.700 Quadratmetern Nutzfläche soll in staatlicher Baulast 41 Millionen Euro kosten. Das sind 4.712 Euro pro Quadratmeter. Der Geschosswohnungsbau ist im normalen Bereich bei 1.700 Euro pro Quadratmeter. Wenn man im Geschosswohnungsbau sehr gehoben baut, kostet das 2.700 Euro. Wir als Staat leisten es uns, ein normales Wohn- und Verwaltungsgebäude zum Preis von 4.712 Euro pro Quadratmeter zu finanzieren. Wenn man das dann in der Debatte problematisiert, gibt es nicht mal ein Bedauern oder Entschuldigen, noch nicht mal ein Gespräch und auch kein Problembewusstsein. Ich kann Ihnen das gern im Konkreten und im Einzelnen noch einmal sagen. Uns alle hat entsetzt, wie wenig kostenbewusst im Bereich der Staatsregierung mit den Geldern umgegangen wird, die wir zur Verfügung stellen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wenn man da sparsamer wäre, könnte man vieles andere machen. Man könnte im Wirtschaftsförderbereich ein Förderprogramm für Hotels auflegen, man könnte Qualitätsverbesserungen bei Kindertageseinrichtungen finanzieren, man könnte ein Notprogramm für Asylbewerberkinder in Schulen realisieren

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Staatssekretärs Gerhard Eck)

oder auch das Polizeigebäude in Passau bauen, die ÖPNV-Förderung verbessern und so weiter. Das sind lauter gute Vorschläge der FREIEN WÄHLER – suchen Sie sich welche aus! Wenn Sie da einmal vernünftig und sparsam wirtschaften, ist viel mehr möglich als das, was wir derzeit erleben. Strengen Sie sich an! Wir werden aufpassen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt erteile ich das Wort Herrn Kollegen Martin Stümpfig für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. – Bitte schön, Herr Kollege.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! "Herr, lass' es schneien!" titelt heute die "Süddeutsche Zeitung" und meint damit die Problematik in unseren Schneeregionen. Die Tourismusförderung ist für uns ein sehr wichtiges Thema. Wir sagen aber: Tourismusförderung muss man dem Klimawandel anpassen. Da ist ein Zuschuss für Schneekanonen wirklich Unsinn.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vielmehr sollte man dieses Geld in vernünftige Alternativen stecken - wir haben hierzu einige Anträge eingereicht -, zum Beispiel in die Bergsteigerdörfer.

In meiner weiteren Rede möchte ich mich aber auf die Energiepolitik konzentrieren. Die Energiewende war 2014 in Bayern wirklich ein trauriges Thema, ein Thema zum Schämen, muss man sagen. Zum Ausbau erneuerbarer Energien war die Antwort der Staatsregierung, Herr Huber: 10 H. Zur Versorgungssicherheit war die Antwort der Staatsregierung: Nein zu Speichern, Nein zu einem modernen Stromnetz. Zu den wichtigen Aufgaben des Stromsparens und der Energieeffizienz – ja, Sie hören richtig – hört man nichts. Fehlanzeige! Keine Antwort der Staatsregierung auf diese großen Fragen.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Frau Aigner, Sie sagten gestern, Bayern sei Motor der Energiewende und wir seien auf einem guten Weg. Wir aber fragen uns: Auf einem guten Weg wohin? Wohin steuern wir? Wenn wir Firmen besuchen – ich war erst letzte Woche in einer Firma aus der Energiebranche zu Besuch –, hören wir Klagen über die Planungsunsicherheit und das Chaos. Man weiß nicht, wo Investitionen hingehen, und steht wirklich vor einem Scheitern. Man fühlt sich wie ein Spielball der Politik. Das ist es, was wir unserem Mittelstand momentan vermitteln. Frau Karl hat in ihrer Rede auch schon angesprochen,

was bei Audi im Moment passiert. Da müssen wir wirklich umstellen und endlich Planungssicherheit schaffen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich habe mir den Haushaltsentwurf genauer angesehen. Im Einzelplan 07 sind einige Punkte enthalten, die auf den ersten Blick sehr, sehr gut sind: das Energie-Coaching für Kommunen, Fortbildungen, Modellprojekte, energiepolitische Planungen, Einsparprojekte. C.A.R.M.E.N. und die Energieagenturen wurden bereits erwähnt. Das alles liest sich ganz gut. Aber dann, liebe Kolleginnen und Kollegen, kommt der große Hammer: Für diese Projekte sind genau 10 Millionen Euro pro Jahr eingestellt. 10 Millionen Euro für die Energiewende – ein Generationenprojekt! 10 Millionen Euro im reichsten Bundesland mit einem Gesamthaushalt im Umfang von 50 Milliarden Euro! Wenn man das herunterbricht, sind das tatsächlich 0,02 % für die Energiewende. Da sagen Sie uns: Bayern ist spitze, Bayern ist Motor, Bayern setzt Maßstäbe. Das ist ein Witz. Bayern blockiert und verschläft die Entwicklung.

(Beifall bei den GRÜNEN und der Abgeordneten Natascha Kohnen (SPD))

Ein Projekt habe ich noch vergessen, Ihren Joker: das 10.000-Häuser-Programm. Dafür sind noch einmal 5 Millionen Euro eingestellt. Wir wissen nur leider nicht, wofür. Herr Seehofer hat im Sommer noch gesagt, es gehe um Speicher für Solaranlagen. Sie, Frau Aigner, haben gesagt, das sei ein bunter Blumenstrauß. Wir wollen kein intransparentes Förderprogramm, das dann wieder vor dem obersten Gerichtshof beklagt wird. Wir wollen Transparenz. Deswegen haben wir auch einen Berichtsantrag gestellt, um zu erfahren, was sich hinter diesem ominösen 10.000-Häuser-Programm verbirgt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir als grüne Landtagsfraktion haben einen ausgeglichenen Haushaltsentwurf vorgelegt und beweisen damit, wie man seriöse Haushaltspolitik macht und gleichzeitig die

Herausforderungen der Zukunft angeht. Wir setzen die richtigen Schwerpunkte im Bereich der Bildungspolitik, der Sozialpolitik und der Energiewende. Unsere Anträge stärken den Klimaschutz und kurbeln die heimische Wirtschaft an. Damit schaffen wir verlässliche Rahmenbedingungen und setzen auf die regionale Wertschöpfung, gerade auch im ländlichen Raum.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dafür wollen wir in den nächsten beiden Jahren 170 Millionen Euro einstellen – 170 Millionen Euro gegenüber Ihrer doch eher kläglichen Summe. Wir investieren kräftig und stellen den Wärmebereich in den Mittelpunkt, zum Beispiel für kommunale Liegenschaften mit 60 Millionen Euro, für ein gut ausgestattetes Förderprogramm zur Kraft-Wärme-Kopplung, für Nahwärmenetze. Unser wichtigster Bereich, damit wir die Energiewende wirklich "von unten" anschieben, die Menschen vor Ort abholen und ihnen unter die Arme greifen, sind umfassende Beratungsinitiativen und Energieagenturen in allen bayerischen Landkreisen für ein kompetentes Klimaschutzmanagement in unseren Kommunen. Ganz besonders wichtig ist Umweltbildung. Wir müssen gerade unsere Kinder und Jugendlichen mitnehmen und ihnen erklären, was die Energiewende ist und welche Herausforderungen uns bevorstehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Energiewende findet in den Kommunen statt, und da wollen wir investieren. Sie, Frau Aigner, das heißt, die Staatsregierung, setzen die falschen Signale. Wir werden die Wende tatkräftig anschieben, ob Sie wollen oder nicht. - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. - Für die CSU-Fraktion hat der Kollege Erwin Huber ums Wort gebeten. Bitte schön, Herr Kollege.

Erwin Huber (CSU): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte mit der Steuerpolitik beginnen; denn der gestrige Versuch von Herrn Rinderspacher und heute von den anderen Rednern der SPD, sich als Steuersenkungspartei zu profilieren, ist der Witz des Jahres.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU)

Ich muss das jetzt natürlich begründen. Die Sache mit der kalten Progression haben wir in der letzten Legislaturperiode als Union-/FDP-Regierung im Bund eingebracht.

(Markus Rinderspacher (SPD): Herr Seehofer hat das sofort einkassiert!)

Das ist im Bundesrat an der Mehrheit von SPD und GRÜNEN gescheitert. Es ist an Ihnen gescheitert, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU – Markus Rinderspacher (SPD): Herr Seehofer hat vor acht Wochen noch davor gewarnt!)

Die energetische Gebäudesanierung haben wir in der letzten Legislaturperiode ebenfalls auf Berliner Ebene eingebracht. - Auch sie ist im Bundesrat gescheitert.

(Zuruf von der SPD: Sagen Sie doch auch warum!)

In ihrem Wahlprogramm haben SPD und GRÜNE gesagt, sie wollten die Vermögenssteuer erhöhen, sie wollten eine Vermögensabgabe einführen und sie wollten den Spitzensteuersatz erhöhen.

(Unruhe bei der SPD)

Die SPD ist die Steuererhöhungspartei in Deutschland!

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD)

Und nun zur kalten Progression: Die Absenkung, die wir für 2017 vorsehen, ist von der CSU initiiert worden. Ich freue mich, dass vermutlich zur gleichen Stunde jetzt auch

die CDU ihre Zustimmung geben wird. Es war innerhalb der Unionsfamilie gar nicht so einfach, die CDU zu diesem Schritt zu bewegen, wobei der Hinweis auf die schwarze Null durchaus beachtenswert ist. Die SPD hat sich jetzt als Letzte aufgeschwungen, fordert aber gleichzeitig eine Gegenfinanzierung.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das stimmt nicht!)

Das sagt Ihr Fraktionsvorsitzender, Herr Oppermann. – Sie wissen offensichtlich nicht, was die SPD selber sagt.

(Markus Rinderspacher (SPD): Sie weiß durchaus, was sie will!)

Wer innerhalb des Steuerrechts eine Gegenfinanzierung vornimmt, erreicht damit keine Steuersenkung, sondern lediglich eine Umschichtung.

(Markus Rinderspacher (SPD): Erklären Sie das doch Herrn Seehofer, der davor gewarnt hat!)

Ich sage nur: Steuerpolitisch gibt es bei der SPD ein reines Chaos und sonst gar nichts.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Das sagt gerade der Richtige!)

Ich setze jetzt noch was drauf, meine Damen und Herren: Die SPD hat vorgeschlagen, den Soli, der im Jahr 2019 zwar nicht rechtlich, aber politisch ausläuft, in den Einkommensteuersatz einzubauen. Das würde eine Perpetuierung dieses Zuschlags bedeuten und die Steuerprogression nach oben treiben. Das Tolle daran ist Folgendes: Da der Soli einen Grundfreibetrag hat, werden, wenn wir ihn in den Steuersatz einarbeiten, die kleinen Einkommensbezieher und die Familien stärker belastet.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Das zeigt, dass Sie sich im Steuerrecht überhaupt nicht auskennen. Ich sage, das wird mit uns nie erfolgen.

(Beifall bei der CSU)

Jetzt geht es mir besser, nachdem ich das alles gesagt habe.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU – Markus Rinderspacher (SPD): Sagen Sie es doch Herrn Seehofer!)

Jetzt kann ich mich des bayerischen Wirtschaftsetats annehmen. Frau Ministerin, wir stimmen diesem Einzelplan 07 zu; denn es ist ein ausgesprochener Einzelplan für Investitionen und Innovationen.

(Zurufe von der SPD)

Zunächst ist es der Vorschlag der Staatsregierung, den die Wirtschaftsministerin im Kabinett ausgehandelt hat. Ich möchte ausdrücklich bestätigen, dass wir hier die richtigen Weichenstellungen für Innovationen in Bayerns Zukunft haben.

(Beifall bei der CSU)

Richtig ist aber auch, was der Ministerpräsident gestern durch die Stimme von Ilse Aigner gesagt hat: Bayern geht härteren Zeiten entgegen. Das stimmt. Jeder weiß, dass sich die internationale Konjunktur abschwächt und die Krisenherde zunehmen. Davon ist selbstverständlich auch Bayern betroffen. Das bedeutet aber nicht, dass wir jammern, sondern wir versuchen die richtigen Weichenstellungen vorzunehmen. Das kann eigentlich nur heißen, dass wir die Innovationsfähigkeit der bayerischen Wirtschaft weiter verbessern. Und da geht es aus meiner Sicht – das muss ich, an SPD und FREIE WÄHLER gerichtet, jetzt einmal feststellen - nicht mehr in erster Linie um die traditionelle Regionalförderung. Vielmehr ist der wirtschaftliche Motor der Zukunft die Forschung und Entwicklung sowie die Umsetzung von Forschungsergebnissen in wirtschaftliche Produkte. Das ist das Entscheidende, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Sie wollen also die Regionalförderung abschaffen?)

Mit der Digitalisierungsoffensive sind die Weichen genau richtig gestellt.

Nun ein paar Sätze zur Situation der Wirtschaft in Bayern insgesamt. Wir sind das Land mit dem höchsten wirtschaftlichen Wachstum und mit der geringsten Arbeitslosigkeit in Deutschland.

Besonders erfreulich ist, dass gerade auch die traditionell strukturschwächeren Räume an der Grenze zu Tschechien, also Oberfranken, Oberpfalz und Niederbayern, heute eine außerordentlich gute und positive wirtschaftliche Entwicklung haben. Wir haben in der Oberpfalz und in Niederbayern die geringsten Arbeitslosenzahlen ganz Bayerns.

(Zuruf von der CSU: Bravo!)

Gerade Oberfranken als der traditionelle Industriestandort hat in den letzten Jahren den Strukturwandel in hervorragender Weise gemeistert.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie sollten mal hinfahren und sich das anschauen, Herr Huber!)

Wir sollten der Wirtschaft in Oberfranken dafür wirklich Anerkennung aussprechen.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte jetzt noch zwei Teilaspekte aufgreifen. Frau Karl, das hätte eigentlich gut für Sie gepasst. Bayern hat die höchste Frauenerwerbsquote unter den westlichen Bundesländern. Wir finden sie also nicht in den rot-grün regierten Ländern, die dauernd von Frauenförderung reden, sondern das konservativ regierte Bayern hat die beste Beschäftigungssituation für Frauen.

(Beifall bei der CSU)

- Gell, da schaut's. -

(Heiterkeit bei der CSU)

Der zweite Teilaspekt bezieht sich auf die junge Generation. Sie hat in Bayern die besten Chancen. In Bayern gibt es Gott sei Dank keinen Mangel an Lehrstellen, sondern wir haben einen Überschuss. Alle jungen Leute haben heute die Chance, eine Ausbildung zu bekommen. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt bei 2 bis 3 %. Das ist ein Spitzenwert in ganz Europa. Ich meine, unsere Politik ist damit durchaus zukunftsorientiert und gibt den jungen Menschen jede Chance. Bayern steht glänzend damit da.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Huber, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Claudia Stamm?

Erwin Huber (CSU): Ja, bitte.

Claudia Stamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Huber, auf den Soli wird mein Kollege Mütze noch eingehen. Ich glaube, Sie haben verpasst, was Ihr Finanzminister dazu gesagt hat. – Ich möchte Sie fragen, ob Sie wissen, dass es in Bayern zwar die höchste Frauenerwerbsquote gibt, aber der sogenannte Gender Pay Gap in Bayern ebenfalls am höchsten ist. Also höher als der schon sehr hohe Bundesdurchschnitt. Er liegt immer mindestens ein bis zwei Prozentpunkte darüber. Wie erklären Sie sich das? Und was haben Sie vor, endlich dagegen zu tun?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erwin Huber (CSU): Erstens meine ich, dass für die Chancen der Frauen die Arbeitsplätze das Wichtigste sind. Als Zweites möchte ich den Familienpakt der Staatsregierung herausheben; denn gerade dieser Familienpakt, der auch von der Wirtschaft unterschrieben wurde, zielt auf familienfreundliche und damit auch frauenfreundliche Gestaltung der Arbeitsplätze. So etwas hat in dieser Form kein anderes deutsches Bundesland.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von den GRÜNEN)

Ich möchte, was die wirtschaftliche Entwicklung in Bayern angeht, einmal ein Wort der Anerkennung an den Mittelstand aussprechen. Wir haben einerseits die Global Player, aber andererseits haben wir circa 600.000 mittlere und kleinere Unternehmen, bei denen mehr als 80 % der arbeitenden Bevölkerung beschäftigt sind. Motor für die Dynamik und Stabilität der Wirtschaft in Bayern ist gerade der Mittelstand; deshalb ist die Mittelstandsförderung ein Schwerpunkt in diesem Haushalt.

(Beifall bei der CSU)

Das Zweite. Wir brauchen Global Player

(Zuruf)

- und Playerinnen, ja. – Deshalb meine ich, dass wir, nachdem sich an der Spitze von Unternehmen eine Reihe von Veränderungen abzeichnet, feststellen sollten, dass wir Großunternehmen in Bayern haben, die auf dem Weltmarkt ungeheuer erfolgreich sind. Da jetzt beispielsweise Herr Reithofer von der Spitze von BMW weggeht und in den Aufsichtsrat wechselt, möchte ich bestätigen, dass er ein hoch innovatives Unternehmen geschaffen hat. Ich will ihm auch dafür danken, dass BMW sich mit den Fabriken in Landshut, Dingolfing, Regensburg und Wackersdorf der Verantwortung für Regionalpolitik in vorbildlicher Weise gestellt hat. Diesem Beispiel könnten andere Unternehmen durchaus folgen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Aber da es nicht nur in großen Unternehmen Veränderungen gibt, möchte ich an dieser Stelle die große Leistung des Handwerkskammerpräsidenten Traublinger dankend herausstellen, der 25 Jahre an der Spitze der Handwerkskammer für München und Oberbayern und des Bayerischen Handwerkstages stand und lange Zeit Mitglied des Haushaltsausschusses und des Landtags gewesen ist. Er hat gerade für das Handwerk in Bayern unendlich viel geleistet. Ich möchte ihm an dieser Stelle bestätigen:

Wir werden weiterhin entschieden für den Meisterbrief, die duale Ausbildung und die Zukunft des Handwerks eintreten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und des Abgeordneten Bernhard Roos (SPD) – Bernhard Roos (SPD): Genau!)

Ich möchte noch herausheben, was aus meiner Sicht für den Mittelstand von besonderer Bedeutung ist. Die mittelständischen Unternehmen klagen deutlich über die Belastung durch Bürokratie und Vorschriften. Nun könnte man sagen, das ist ein Dauerlamento. Wir haben in einem Staat, der auf Sicherheit, soziale Sicherheit und auf Umweltschutz orientiert ist, natürlich ein großes Maß an Ordnungspolitik zu leisten. Ich möchte drei Aufgaben herausstellen, die wir angehen müssen.

Erstens. Die Paragrafenbremse in Bayern ist richtig angelegt. Wir bekennen uns auch als CSU-Fraktion dazu, dass wir keine neuen Vorschriften schaffen wollen, wenn nicht andere im gleichen Maße wegfallen. Am Ende dieser Legislaturperiode wollen wir weniger Paragrafen als an deren Anfang.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das schaffen Sie niemals!)

Zweitens. Für die kleinen und mittleren Unternehmen ist eine Befreiung von bestimmten Dokumentationspflichten notwendig. Gewisse Umsatzgrenzen müssen angepasst werden, um gerade den Kleinen, den Start-ups, den Gründern die Startphase zu erleichtern.

Drittens. Was die Bundesarbeitsministerin vorhat, ist Unfug, nämlich im Bereich des Mindestlohnes massive Überwachungsvorschriften einzuführen, dies von 1.600 Leuten überwachen zu lassen und vielleicht auch noch für Subunternehmer eine Haftungsvoraussetzung einzuführen. Wenn wir schon das Mindestlohngesetz haben, muss es in vernünftiger Weise und nicht überbürokratisch umgesetzt werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Insgesamt befindet sich Bayern auf einem guten Weg. Wir wünschen der Wirtschaftsministerin, dass sie im Frühjahr im Energiedialog, der gut angelegt ist, zu den notwendigen Entscheidungen kommt. Das nächste Jahr wird in der Tat das Jahr der Entscheidungen in der Energiepolitik. Wir werden den bayerischen Weg der Innovation und des wirtschaftlichen Wachstums fortsetzen. Ich möchte sagen, liebe Wirtschaftsministerin: Die CSU-Fraktion wird einen Weg der Dynamik, Innovationsfähigkeit, Mittelstandsförderung und des nachhaltigen Wachstums auch in der Zukunft nachhaltig unterstützen, weil wir den Ehrgeiz haben, dass Bayern in Deutschland an der Spitze ist und bleibt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die SPD-Fraktion darf ich jetzt Frau Kollegin Kohlen das Wort erteilen. – Bitte schön, Frau Kollegin.

Natascha Kohlen (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Erwin Huber! Erstens, Paragrafenbremse: Was fällt denn für die 10-H-Regelung weg? Das hat sich mir noch nicht ganz erschlossen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Und was ist denn mit dem guten Weg? Ihr Ministerpräsident, der sich im Krankenbett befindet, sagt ja sonst immer, Bayern befände sich in der Vorstufe zum Paradies.

(Volkmar Halbleib (SPD): Hört sich bisher unterschiedlich an!)

Jeder, der gewisse Bibelkenntnisse hat, weiß, was die Vorstufe zum Paradies ist.

Ich habe noch eine Frage. Wie ist es denn jetzt bei Ihnen in der CSU? Ich glaube, wir haben in den letzten Monaten zum Soli und zur kalten Progression mindestens vier Vorschläge bekommen, Herr Huber. Wir wissen immer noch nicht, welcher gilt. Damit kann ich nur zurückgeben: Was ist denn mit dem Chaos in der CSU? Wann habt ihr

euch denn verständigt, welcher Vorschlag wirklich gilt? Der Herr Ministerpräsident hat nämlich kürzlich noch vor Steuersenkungen usw. gewarnt.

(Beifall bei der SPD)

Wer hier die dicke Lippe schwingt, sollte doch ein bisschen in die eigenen Reihen gucken.

Zweitens: Bayern ist spitze, frauenfreundliche Arbeitsplätze. Frau Stamm hat es kurz angesprochen: Wie ist es denn in Bayern? Wo ist Bayern denn spitze? In Bayern verdienen Frauen um 26 % weniger als gleich qualifizierte Männer, Herr Huber. Wie ist es deutschlandweit? - Deutschlandweit sinkt der Anteil auf 22 %, was den sogenannten Gender Pay Gap betrifft. Sagen Sie mir mal, was hier in Bayern ein frauenfreundlicher Arbeitsplatz ist. Mir zumindest ist es als Frau wichtig, was ich verdiene, wie viel ich verdiene und ob gleich qualifizierte Männer deutlich besser verdienen. Das ist für mich schon ein Punkt. Hier ist Bayern wirklich deutschlandweit ein übles Beispiel.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Da ist der Gender Pay Gap am allerallergrößten. Vielleicht kann dazu Ihre weibliche Kollegin Frau Aigner noch etwas sagen, welche Instrumentarien Sie denn in die Hand nehmen wollen, damit diese Entwicklung aufhört. Bayern ist wirklich das einzige Bundesland, wo die Frauen beginnen, immer weniger als die männlichen Kollegen zu verdienen. Das ist statistisch so belegt.

Beim Thema Energie verwundert es mich wirklich: Wir haben einen Antrag gestellt und vorgeschlagen, Energienutzungspläne bayernweit zu 100 % zu fördern und die Kommunen flächendeckend aufzufordern, das zu tun. Ebenso empfiehlt das Herr Brandl vom Bayerischen Gemeindetag. Er sagt auch, das wollen die Kommunen tun. Wir haben diesen Antrag jetzt zum wiederholten Male gestellt. Warum? - Weil die Energiewende auch ein großes Experiment ist; Sie sagen, ergebnisoffen. Aber ich glaube, Sie müssen am Schluss schon wissen, wie die Bedarfe sind, wie viel erneuerbare Energie

man braucht und wie viel man einsparen kann. Das heißt, Sie müssten eigentlich herausfinden, was wir in diesem Land haben. Wir haben zwar einen sogenannten Bayerischen Wind- und Solaratlas, aber Sie gehen nicht detailliert genug nach unten in die Fläche. Sie sind sehr, sehr oberflächlich.

Was wir uns wünschen und was die Grundvoraussetzung für die Energiewende wäre: Es gilt, herauszufinden, was jede Kommune vor Ort selber an Erneuerbarem leisten kann und wie sie sich mit den anderen Kommunen darüber verständigen und vernetzen kann; das heißt, wie viel hat mein Nachbar, wie viel kann ich selber schaffen? Das müssen wir herausfinden. Dafür macht man Energienutzungspläne. Sie fördern diese jetzt in einer geringen Anzahl. Es sind 200, 300 Energienutzungspläne bei den über 2.000 Gemeinden in Bayern. Das sind kleine Grashalme, wir bekommen keinen Rasen hin. Den müssen Sie aber hinbekommen, um zu wissen, was wir selber können; denn andernfalls werden Sie nie herausfinden, was am Schluss rauskommt. Das heißt, die Analyse fehlt. Diese wollten wir mit Ihnen zusammen machen. Sie lehnen unseren Antrag ab, flächendeckende Energienutzungspläne zu erstellen. Dann würden wir auch herausfinden, was wir einsparen können, das heißt, wie wir die Bedarfe am Ende senken können. Warum lehnen Sie so etwas ab? Ich kann das nicht begreifen. Mir wäre es wirklich wichtig herauszufinden, warum Sie das tun. Greifen Sie doch endlich einmal in die richtige Kiste und machen Sie das Richtige, das heißt, fordern Sie die Kommunen auf, das zu tun, und bezahlen Sie das auch.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen haben wir Energieberater auf allen Landkreisebenen angeregt. Wir wollen, dass die Kommunen zusammenarbeiten. Der Strom hört nicht an der Gemeindegrenze auf, das heißt, wir müssten auch über das kommunale Wirtschaftsrecht reden. Sie müssen es wirklich schaffen, dass in Bayern ein Netz für die Energiewende entsteht. Wenn Sie aber die Grundanalyse nicht machen, werden Sie nie wissen, was Sie am Schluss wirklich haben wollen und brauchen werden. Deswegen, Frau Aigner, verste-

hen wir das nicht. Wir finden es bedauerlich und würden Sie auffordern, uns das noch einmal zu erklären.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Jetzt hat Kollege Mütze für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN um das Wort gebeten. – Bitte schön, Herr Kollege.

Thomas Mütze (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Frau Ministerin, sehr geehrter Herr Staatssekretär, sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen, worüber reden wir denn? – Wir reden über den Einzelplan 07 des Haushalts 2015/16. Ich habe den Eindruck, mit großen Worten werden große Haushalte verabschiedet. Schauen wir uns den Haushalt doch einmal an. Ich muss zugeben, Kollege Stöttner hat ehrlicherweise darauf hingewiesen, worüber wir reden. Wir reden über einen relativ schmalen Haushalt, der genau 2 % des Volumens des Gesamthaushalts abbildet. Deshalb finde ich es schwierig, sich hier hinzustellen und zu sagen: Unsere Wirtschaftsförderung ist eine große Sache, das ist der Haushalt, der Bayern weiterbringt. Ich glaube, dass es nicht unbedingt am bayerischen Haushalt liegt, dass es Bayern so gut geht. Für einen oppositionellen Wirtschaftspolitiker ist es schwierig, sich hier hinzustellen und zu sagen: Das, das und das macht ihr falsch. Die Zahlen zur Arbeitslosenquote und zur wirtschaftlichen Qualität sprechen für sich. Das ist richtig.

(Beifall bei der CSU)

Das kann man gerne so sagen.

(Staatssekretär Franz Josef Pschierer: Wer hat es gemacht?)

- Dazu kommen wir noch. Wer hat es denn gemacht?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Handwerk wird von der CSU gelobt und wahrscheinlich nachher von der Ministerin noch einmal. Das ist ganz wunderbar. Ich frage

mich allerdings, warum Reden und Handeln so weit auseinanderliegen. Letztens hat der Ministerpräsident einen Nordbayern-Gipfel einberufen, in dem es um die wirtschaftliche Qualität und das wirtschaftliche Wachstum Nordbayerns sowie die gleichwertigen Lebensverhältnisse in Bayern ging. Wer wurde nicht eingeladen? – Das Handwerk war nicht eingeladen. Ein unterfränkischer Handwerkspräsident wundert sich schon, wenn er große Reden von Ihrer Seite hört, jedoch zu einem wirklich wichtigen Thema noch nicht einmal gehört wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist das Reden und Handeln bei der CSU.

Wir kommen zu einem weiteren Thema. Worauf beruht der wirtschaftliche Erfolg Bayerns? – Selbstverständlich baut der wirtschaftliche Erfolg auf dem Handwerk und dem Mittelstand auf, jedoch auch auf den großen Unternehmen. Dazu zählen – das wissen wir alle – die Automobilindustrie, Siemens, die großen Player und die Rüstungsindustrie. Der Altvordere Franz Josef Strauß hat die Rüstungsindustrie nach Bayern geholt. Diese sorgt für den wirtschaftlichen Erfolg in Bayern. Die Entwicklung der waffenfähigen Drohne, die Sie fordern, ermöglicht ein sauberes Töten. Sauberes Töten made in Bavaria – das ist Ihr wirtschaftlicher Erfolg, den Sie feiern wollen. Wenn man den wirtschaftlichen Erfolg von Rüstungsexporten in Krisenländern abhängig macht, ist das sehr kritisch zu sehen. Ich wäre mit den Lobhudeleien auf diesen Erfolg etwas vorsichtig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte zwei Punkte im Haushalt ganz konkret ansprechen. Erstens. Sie haben Wagniskapitalfonds aufgelegt. Es ist verwunderlich, dass Bayern im Bundesrat einen Antrag einbringt, in dem – ich muss jetzt zitieren, weil das einfach so heißt – steuerwirksame Sofortabschreibungsmöglichkeiten bei Erwerb von Anteilen an begünstigten Start-ups, unter anderem durch Privatpersonen via Wagniskapitalfonds, gefordert werden. Das war jetzt ein bisschen kompliziert. Im Endeffekt heißt das: Wir wollen steuer-

lich fördern, wenn Start-ups über Wagniskapital gefördert werden. Das ist richtig. Warum muss der Freistaat dann extra einen Kapitalfonds auflegen? Was soll das bedeuten? Es ist nicht die Aufgabe des Staates, selbst mit Risikokapital bei Unternehmen Anteilseigner zu werden. Stattdessen soll der Staat dafür sorgen – den Antrag haben Sie gestellt –, dass die Rahmenbedingungen stimmen. Das sehen wir als Aufgabe des Staates. Der Staat soll keine eigenen Fonds auflegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der zweite Punkt betrifft die Förderprogramme. In Bayern gibt es viele Förderprogramme. Der ORH hat seinen Kommentar dazu schon abgegeben: Manchmal gebe es Mitnahmeeffekte, die es nicht geben dürfte; die Förderprogramme sind unübersichtlich; es wird nicht deutlich, was gefördert werden soll. Die deutlichste Kritik bezieht sich auf die fehlende Evaluation dieser Programme. Es wird gefördert – danach ist das Geld weg. Was mit dem Geld passiert, zeigt ein Beispiel aus dem letzten Doppelhaushalt: Horex. Mehr muss ich nicht sagen. Wer sich mit dem letzten Doppelhaushalt beschäftigt hat, weiß, worum es ging. Horex hat für 10 Millionen Euro eine neue Fabrik gebaut. Was daraus geworden ist, wissen Sie und ich.

Jetzt komme ich zu Herrn Kollegen Huber. Ich habe noch eine Minute Redezeit. Lieber Herr Ausschussvorsitzender, es ist immer eine Freude, mit Ihnen zu debattieren, weil immer etwas los und Stimmung in der Bude ist. Lieber Kollege Huber, ich frage mich allerdings schon, ob Sie in Ihrer Fraktion noch so verankert sind.

(Unruhe bei der CSU)

Heute haben Sie wieder eine Aussage getroffen, die sich von der Aussage Ihres Ministers diametral unterscheidet. Gegenüber einer Zeitung haben Sie gesagt, dass der Herr Minister beim Länderfinanzausgleich kleinere Brötchen backen solle. Das ist schon einmal ein sehr guter Hinweis gewesen. Tatsächlich hat der Herr Minister im Haushaltsausschuss letzte Woche darauf hingewiesen, dass auch er der Meinung sei, dass der Soli weitergeführt werden müsse. Ich wundere mich schon, dass Sie auf SPD

und GRÜNE, die dieselbe Position vertreten, einschlagen, wenn doch Ihr Minister genau dasselbe fordert, zwar unter einem neuen Namen, aber es ist genau dasselbe.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, vielleicht setzen Sie sich einmal zusammen und überlegen, was Sie gemeinsam fordern wollen. Erst dann kommen Sie heraus und greifen die Opposition an, die doch dasselbe fordert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Danke schön, Herr Kollege. Bitte verbleiben Sie gleich am Rednerpult. Herr Kollege Huber hat sich für eine Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön, Herrn Kollege.

Erwin Huber (CSU): Herr Kollege Mütze, um meine Einbettung in die CSU-Fraktion brauchen Sie sich wirklich keine Gedanken zu machen.

(Beifall bei der CSU)

Aber danke, dass Sie so fürsorglich sind. Ich habe Sie im Wirtschaftsausschuss immer geschätzt.

Ich möchte etwas zur Steuerpolitik sagen. Ich habe vorher die GRÜNEN vergessen. Darum darf ich das jetzt nachholen. Neben dem Veggie Day und der Einschränkung der Freiheit fordern Sie noch massive Steuererhöhungen.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Deutsch reden!)

Nehmen Sie doch einmal die Vorschläge, die die GRÜNE-Partei letztes Jahr zum Wahlprogramm für die Bundestagswahl vorgelegt hat. Die GRÜNEN haben mit ihrem Vorschlag zur Vermögensabgabe – Trittin – die SPD sogar noch überholt. Die Spitzensteuererhöhungspartei in Deutschland sind die GRÜNEN. Meine Damen und Herren, das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CSU)

Jetzt komme ich zum Soli. Kollege Finanzminister Söder hat in der Tat im Haushaltsausschuss gesagt, über die Abschaffung des Soli könne man jetzt nicht entscheiden, möglicherweise müsse er fortgeführt werden. Sie müssten einmal scharfsinnig sein. Ich meine Sie im Kollektiv und nicht Sie alleine.

(Lachen bei den GRÜNEN)

Es macht einen Unterschied, ob ich den Soli in das gesamte Steuerrecht einbaue, ihn perpetuiere und ihn mehr oder weniger von jeder Abschaffung freihalte oder ob ich sage: Ich brauche für eine begrenzte Zeit einen Steuerzuschlag, weil beispielsweise der Bund nicht auf einen Schlag auf 18 Milliarden Euro verzichten kann. Wenn der Soli für eine neue Verwendung für einen begrenzten Zeitraum möglicherweise degressiv gebraucht wird, ist das etwas völlig anderes als der Einbau ins Steuerrecht. Ich bitte Sie herzlich, diesen Unterschied zu beachten.

(Beifall bei der CSU)

Thomas Mütze (GRÜNE): Herr Huber, ich fange mit dem letzten Punkt an. Haben Sie das zu Ihrer eigenen Fraktion oder zu mir gesagt? Das habe ich jetzt nicht ganz verstanden.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Der Minister hat gar nicht so konkret dazu gesprochen, wie Sie das jetzt getan haben. Die Aussage des Ministers war eher blumig.

(Volkmar Halbleib (SPD): Erstaunlich blumig!)

Vielleicht setzen Sie sich tatsächlich mit ihm zusammen. Hinsichtlich des Steuerrechts und der letzten Wahl gebe ich zu, dass die Wählerinnen und Wähler unser Angebot, mehr Geld für die Bildung und für die Infrastruktur zur Verfügung zu stellen, nicht angenommen haben. Das ist offensichtlich gewesen.

(Thomas Kreuzer (CSU): Sie haben überraschend Steuererhöhungen abgelehnt!)

Wir haben uns damit auseinandergesetzt und werden weiter darüber reden, ob das der richtige Weg ist. Das ist unbestritten. Das ist offensichtlich so gewesen. Lieber Herr Huber, glauben Sie uns, dass wir uns genauso darüber Gedanken machen, wie Infrastruktur und Bildung in Deutschland weiterhin finanziert werden können, ohne die Bürgerinnen und Bürger über die Maßen belasten zu müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. Bevor wir mit der Debatte weiterfahren, möchte ich bekannt geben, dass für die Schlussabstimmung des Einzelplans 07 von der CSU-Fraktion namentliche Abstimmung beantragt wurde. – Für die Staatsregierung hat Frau Staatsministerin Aigner ums Wort gebeten. Bitte schön, Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Ilse Aigner (Wirtschaftsministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Vorrednerinnen und Vorredner haben schon viele Details aus dem Einzelplan 07 angesprochen. Ich bedanke mich ausdrücklich bei der Regierungsfraktion für die Zustimmung. Erwartungsgemäß hatte die Opposition natürlich Kritik zu üben, weil sie Gutes aus Prinzip schon einmal schlecht findet. Das ist die übliche Praxis. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, auf irgendetwas müssen Sie sich schon verständigen. Wenn etwas schlecht läuft, sagen Sie automatisch: Ausschließlich die Staatsregierung, die Mehrheitsfraktion und die Politik sind daran schuld. Wenn etwas gut läuft, hat die Politik gar nichts damit zu tun. Meine Damen und Herren, das kann definitiv nicht sein.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte mich aber trotzdem bei allen für die sehr konstruktiven Beratungen im Haushaltsausschuss bedanken. Vor allem möchte ich dem Vorsitzenden Peter Winter, natürlich auch dem stellvertretenden Vorsitzenden Volkmar Halbleib ganz herzlich

danken. Auch den Berichterstattern möchte ich danken, weil es wirklich eine sehr konstruktive Diskussion im Haushaltsausschuss war. Weichenstellungen und Schwerpunktsetzungen muss man in der Tat auch im Haushaltsausschuss vornehmen.

Hier möchte ich zu Ihrer großen Überraschung ausnahmsweise die GRÜNEN loben, weil sie sich die Mühe gemacht haben, Gegenfinanzierungsvorschläge vorzulegen. Im Gegensatz dazu haben die SPD und die FREIEN WÄHLER das nicht gemacht.

(Volkmar Halbleib (SPD): Stimmt doch nicht! Anträge anschauen!)

Über die Schwerpunktsetzungen sind wir zwar unterschiedlicher Meinung. Trotzdem möchte ich bemerken, dass das beachtlich ist; denn das beweist den Mut zu zeigen, wo man streichen will. Das ist nämlich genau die Schwierigkeit.

(Claudia Stamm (GRÜNE): Und das im Gegensatz zur Staatsregierung!)

Deshalb sage ich: Wir haben bei manchen Themen unterschiedliche Ansichten, aber wir müssen im Gesamtrahmen auch Haushaltsdisziplin walten lassen. Wir haben einen Haushalt aufgestellt, der nicht auf Neuverschuldung setzt, der Schulden abbaut und der trotzdem in die Zukunft gerichtet ist. Da muss man natürlich Schwerpunkte setzen. Das ist ganz selbstverständlich.

Zum Einzelplan 07 will ich noch eines sagen: In der Öffentlichkeit gab es die etwas schräge Berichterstattung, dass der Haushalt in Eurobeträgen sinken würde. Das ist zwar richtig, wenn man den Haushalt betrachtet. Man muss aber immer genauer in die Haushaltssystematik hineinschauen: Einmaleffekte wie zum Beispiel die Hochwasserhilfe des Bundes haben allein 50 Millionen ausgemacht. Formal sind die Mittel also zwar gesunken, wenn man aber die Einmaleffekte herausrechnet, weist der Haushalt für 2015 und 2016 eine Steigerung von 1,4 bzw. 6,6 % aus. Das ist der Unterschied. Da muss man sich in der Haushaltssystematik etwas auskennen.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, ich will im Gesamtzusammenhang noch Folgendes sagen: Es hat etwas mit der Politik der Staatsregierung und der Mehrheitsfraktion über viele Jahre hinweg zu tun, dass es uns in Bayern gut geht. Das hat auch etwas mit stabilen Verhältnissen zu tun. Die Arbeitslosenquote sagt fast schon alles aus. 3,4 % haben wir in Bayern. Diese Zahl fällt nicht vom Himmel, sondern sie hat etwas mit langfristiger Politik zu tun. Wenn man diese Zahl mit den Zahlen der anderen Bundesländer vergleicht, stellt man riesige Unterschiede fest. Die größte Spannbreite besteht zum Land Berlin mit 10,4 %. Wir liegen bei 3,4 %. Hier wurden entsprechende Weichenstellungen vorgenommen.

Außerdem kann man wirklich sehen, dass sich die Menschen in Bayern wohlfühlen. Auch das ist ein Maßstab. Ich habe es gestern angesprochen: 95 % der bayerischen Bevölkerung sind zufrieden oder sehr zufrieden. Auch das hat etwas mit Politik zu tun.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Selbstzufriedenheit!)

Wir ruhen uns aber nicht auf dem aus, was wir erreicht haben. Wir wollen natürlich immer auch Treiber und nicht Getriebene sein. Wir wollen in die richtigen Zukunftsfelder investieren. Dazu will ich nur ein paar Punkte ansprechen.

Wir wollen auch zukünftig in die Gründerdynamik investieren, natürlich auch in die Digitalisierung und in die modernen Medien. Selbstverständlich investieren wir in die Energiewende. Nicht zuletzt investieren wir auch in innovative Technologien, vergessen dabei aber nicht unsere traditionellen Flaggschiffe, zum Beispiel das Handwerk, den Tourismus und die Regionalförderung.

Meine Damen und Herren, der Mittelstand ist mir ganz besonders wichtig, weil ich aus einem mittelständischen Betrieb komme und deshalb überzeugte Mittelständlerin bin. Ich weiß, was der Mittelstand bedeutet. 600.000 mittelständische Unternehmen bilden das starke Rückgrat unserer Wirtschaft. Sie zeichnen sich auch dadurch aus, dass sie sehr innovativ und in einem großen Ausmaß exportorientiert sind. Wir haben im Mittelstand viele – jetzt sage ich es auf Englisch – Hidden Champions. Sie sind die Flaggschiffe.

schiffe, die Weltmarktführer auf der ganzen Welt. Die wollen wir mit vielfältigen Programmen, vom Mittelstandskreditprogramm über den Technologietransfer, die Clusterpolitik bis hin zur Erschließung neuer Märkte unterstützen. Bayern ist auf diesem Gebiet ein ganz wesentlicher Treiber, den wir auch in der Zukunft voranbringen wollen.

Weiter nenne ich die Gründerdynamik. Viele neue Themen werden hier aufgegriffen. Wir wollen mit unserer Initiative "Gründerland Bayern" zu den Hotspots auf der ganzen Welt von Tel Aviv bis Silicon Valley aufschließen. Wir wollen aber keine Kopie sein. Wir wollen die Stärken, die wir in Bayern haben, ausspielen. Die Stärken liegen insbesondere darin, dass wir bei uns starke Firmen, nämlich Weltmarktführer, haben, die Zugang zu den Exportmärkten haben. Die Gründerdynamik wollen wir mit den etablierten Firmen in der Automobilindustrie, im Maschinenbau, in der Medizintechnik und in der Elektrotechnik zusammenbringen. Das ist letztendlich der Schlüssel.

Dazu sind mehrere Maßnahmen notwendig. Dazu müssen wir, wie es schon angesprochen worden ist, die Rahmenbedingungen für die Gründer verbessern. Das hat etwas mit den steuerlichen Rahmenbedingungen zu tun. Das ist unverzichtbar, weil wir hier in der letzten Zeit gegenüber anderen Ländern zurückgefallen sind. Das hat etwas mit der Steuersystematik zu tun, und deshalb ist es richtig und wichtig, die erforderlichen Anträge zu stellen. Auch auf Bundesebene wollen und müssen wir diese Maßnahmen gemeinsam mit dem Koalitionspartner voranbringen. Es ist nun mal ein größeres Risiko, eine neue Firma zu gründen, sodass ich dabei die Möglichkeiten der Sofortabschreibungen nutzen muss. Das ist die eine Schiene.

Wir brauchen aber auch Zeichen, und deswegen stellen wir in Bayern den Wachstumsfonds auf, weil wir die Firmengründungen flankierend begleiten wollen. Das wird sehr wohl wahrgenommen. Ich war mit den Venture-Capital-Firmen zusammen, die gesagt haben, dass sie diese Maßnahme sehr wohl anerkennen und dass es ein wesentliches Plus für den Standort Bayern ist, wenn wir den Gründern Wachstumskapital als Ergänzung zum privaten Kapital zur Verfügung stellen. Meine Damen und Herren,

dieses Programm ist wichtig. Das gibt es nirgendwo anders. Wir setzen 100 Millionen Euro ein. Die GRÜNEN kritisieren das. Ich halte es für sehr wichtig, um privates Kapital zu heben und zu akquirieren. Damit könnten wir auf ein Gesamtvolumen von 250 Millionen Euro kommen. Das sind Investitionen in die Zukunft für die jungen Firmen.

(Beifall bei der CSU)

Ich kann Ihnen sagen: Die jungen Gründer honorieren das sehr. Ich war bei den Gründerstammtischen. 1.400 junge Menschen aus ganz Bayern haben sich in München getroffen. 1.800 konnten leider nicht teilnehmen, weil der Raum nicht so groß war. Diese Beispiele müssen wir auch zeigen. Zu den größten Karrierewünschen dieser jungen Menschen, die von den Universitäten oder anderen Bildungseinrichtungen kommen, gehört es nicht, den sicheren Hafen eines monatlichen Gehalts anzusteuern, sondern ihr Ziel ist es, ein Unternehmen zu gründen und sich selbstständig zu machen. Das müssen wir zeigen. Das sind die Erfolgsgeschichten, die wir auch in der Zukunft brauchen.

Das nächste Thema ist für mich auch wichtig. Es geht nicht nur um die neuen Firmen, sondern auch darum, für die mittelständischen Firmen, die wir haben, die Übergabe an die nächste Generation überhaupt noch möglich zu machen. 24.000 Betriebe mit 350.000 Arbeitsplätzen stehen in den nächsten fünf Jahren zur Übergabe an. Für diese Betriebe werden in ein paar Tagen mit der Erbschaftsteuer ganz wesentliche Weichenstellungen vorgenommen. Ich weiß noch nicht, was bei dem Gerichtsurteil herauskommt. Ich kann Ihnen nur eines sagen: Wenn das Gerichtsverfahren so ausgeht, dass wir die Unternehmensübergabe erschweren, dass mittelständische Unternehmen nicht mehr übergeben werden können, weil es sich die Unternehmer nicht mehr leisten können, dann haben wir auch in Bayern ein großes Problem. Ich appelliere sehr stark an den Koalitionspartner auf Bundesebene, da mitzumachen. Ich gehe aber noch einen Schritt weiter und sage: Das Beste und Wichtigste wäre es eigentlich, auch diese Steuerart zu regionalisieren.

(Beifall bei der CSU)

Keiner kann erklären, warum wir in Bayern, in Nordrhein-Westfalen oder in Niedersachsen die Gelder zu 100 % einnehmen, aber die jeweiligen Landtage über die Verwendung dieser Gelder nicht beschließen dürfen, um damit Weichenstellungen vorzunehmen. Ich kann Ihnen den Grund nennen: Diese Gelder fließen über den Länderfinanzausgleich in starkem Maße in andere Länder. Deswegen wehren sich alle anderen Bundesländer dagegen, dass hier eine Änderung herbeigeführt wird. Wir werden dieses Thema jedoch weiterhin auf die Tagesordnung setzen. Darauf können Sie sich verlassen.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch etwas zum Thema Steuer sagen. Erwin Huber hat dazu schon ein paar sinnvolle Anmerkungen gemacht. Die rot-grün-regierten Länder schlagen vor, den Soli in das Steuersystem zu integrieren. Das bedeutet, dass sie diejenigen, die im Moment noch gar nicht steuerpflichtig sind, weil sie ein geringes Einkommen haben – das sind 25 % der Bevölkerung –, in die Steuer hineinziehen. Der Soli ist jetzt ein Aufschlag auf die Steuerschuld. Wer keine Steuern zahlen muss, muss auch keinen Aufschlag bezahlen. Durch die Einbeziehung des Soli in die Systematik erhöhen Sie also die Steuern. Das ist das entscheidende Problem. Dass diese Forderung gerade von der SPD kommt, wundert mich ganz massiv. Das kann ich überhaupt nicht verstehen.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Frau Ministerin, bringen Sie sich steuerpolitisch auf den aktuellen Stand! Es ist Unsinn, was Sie erzählen!)

Meine Damen und Herren, ich bin auch bei anderen Politikbereichen sehr gespannt. Ich möchte auf noch einen Bereich, der ebenfalls auf der Tagesordnung steht, eingehen, nämlich die energetische Gebäudesanierung. Insbesondere von den Ländern wird derzeit eine Gegenfinanzierung über den Handwerkerbonus verlangt. Ich bin gespannt, ob die rot-grün regierten Länder der Auffassung sind, dass dies wirklich notwendig ist. Für meine Begriffe ist dies selbstfinanzierend. Dies wäre letztlich wiederum

eine Steuererhöhung, die von den Ländern gefordert wird. Und dann wird großspurig so getan, als sei man für den Abbau der kalten Progression. Wenn Sie glauben, hier werde keine Kompensation gefordert, halte ich das für leicht ironisch, um es einmal freundlich zu sagen.

(Beifall bei der CSU)

Das nächste Stichwort ist die Digitalisierung. Das ist eine Gemeinschaftsaufgabe. Es ist richtig und wichtig, dass die Infrastruktur vorangetrieben wird. Selbstverständlich können die Mittel nur dann abfließen, wenn die Kapazitäten zum Bau vorhanden sind. Klar ist, dass in Bayern 1,5 Milliarden Euro investiert werden. Die restlichen 15 Länder der Bundesrepublik müssen sich 500 Millionen Euro teilen. Das ist ein kleiner Unterschied. Hier geht es um die Straßen des 21. Jahrhunderts. Wir haben eine wesentliche Entscheidung zu treffen, nämlich die Digitalisierung des ganzen Landes. Ein Teil wird dabei das "Zentrum Digitalisierung Bayern" sein, das wir jetzt auf den Weg bringen. Damit werden die Kapazitäten, die wir haben, gebündelt. Diese Kapazitäten müssen aber nicht zwingend in München sein.

Entscheidend ist, dass die Professuren, die neu geschaffen werden, nach der Expertise in einer hochschulübergreifenden Einrichtung ausgeschrieben werden. Jede Universität kann sich bewerben. Lieber Herr Kollege König, selbstverständlich kann sich auch die Hochschule in Hof bewerben. Die Expertise wird dann entscheiden, wo die Professur angesiedelt und wo die Lehre stattfinden wird. Dort muss auch die Verknüpfung mit dem Digitalisierungszentrum sowie die Bündelung der Kompetenzen erfolgen. Bei den Querschnittsthemen werden Schwerpunktsetzungen erfolgen. Dies hängt mit der Sensorik, mit Big Data und mit dem Cloud Computing zusammen. Daneben gibt es Plattformen, die sich an den jeweiligen Anwendungsfeldern orientieren. Dies hängt wiederum mit der vernetzten Mobilität, mit der Digitalisierung der Industrie, Stichwort Industrie 4.0, und mit den Investitionen in die Gesundheits- und Sicherheitstechnologie zusammen. Ich bin bereits gestern auf dieses Thema eingegangen.

Entscheidend ist, dass die Projektmittel, insbesondere für die angewandte Forschung, über die Firmen im Wettbewerb vergeben werden. Die Firmen beantragen diese Mittel. Uns liegen schon über 200 Interessenbekundungen aus allen Landesteilen Bayerns vor. Wichtig ist, dass im Zentrum eine Koordinierung erfolgt, damit es keine Doppelungen gibt. Wir müssen die Lücken, die bei uns vorhanden sind, identifizieren und schließen, um wieder an die Weltspitze zu kommen. Dies wollen wir mit den Professuren und den Forschungsmitteln erreichen. Meine Damen und Herren, wir werden mit dem "Zentrum Digitalisierung Bayern" ein echtes Highlight setzen, das auch international Beachtung finden wird. Allein für dieses Zentrum werden wir insgesamt 170 Millionen Euro einsetzen. Das tut kein anderes Land der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei der CSU)

Wir werden mit Industrie 4.0 Schwerpunkte setzen, um unsere traditionellen Betriebe, die in vielen Bereichen wie auch in der Automobilindustrie Weltmarktführer sind, für die Verknüpfung der traditionellen Technologien mit der Digitalisierung fit zu machen und sie auf Vordermann zu bringen. Viele Prognosen sagen für die nächsten Jahre einen deutlichen Wachstumsschub voraus. Entweder werden wir bei dieser Entwicklung dabei sein, oder wir werden nicht dabei sein. Wir haben gute Voraussetzungen dafür geschaffen, um in diesem Feld ganz vorn mitspielen zu können.

Nun zur Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen. Entgegen manchen Behauptungen haben wir auf diesem Feld sehr große Erfolge zu verzeichnen. Meine Damen und Herren, im Jahr 2004 lag bezüglich der Arbeitslosenzahlen die Spanne zwischen dem schwierigsten Regierungsbezirk und dem besten Regierungsbezirk bei 3,8 Prozentpunkten. Im Jahr 2013 hatten wir nur noch eine Spanne von 1,3 Prozentpunkten. Das haben wir in den letzten zehn Jahren geschafft. Diese Entwicklung wollen wir fortsetzen. Bei einem Ranking auf bundesrepublikanischer Ebene, in dem die Regierungsbezirke einzeln ausgewiesen würden, stünden sechs von sieben Regierungsbezirken Bayerns an der Spitze. Diese Leistung lassen wir uns von Ihnen nicht schlechtreden.

Das ist eine massive Leistung der Menschen vor Ort; sie hat aber auch etwas mit den politischen Weichenstellungen zu tun.

(Beifall bei der CSU)

Wir setzen dafür traditionell auch die Mittel der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur", der GRW, ein. Wir haben hier schwer gekämpft. So einfach war das nicht. Mit den sogenannten C-Fördergebieten wäre Bayern eigentlich komplett aus der Liste herausgefallen. Wir haben massiv dafür gekämpft, dass wenigstens zwei Drittel der ehemaligen Zonenrandgebiete eine Fördermöglichkeit bekommen. Allein dafür setzen wir jährlich mindestens 20 Millionen Euro ein. Das werden wir auch in Zukunft tun. Wir werden bei den EFRE-Schwerpunktgebieten mit einem Förderanteil von 60 % einen Schwerpunkt setzen, damit der Prozess, den wir eingeleitet haben, auch in der Zukunft fortgesetzt werden kann. Das ist uns wichtig.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, wir wollen diejenigen, die zu uns kommen, unterstützen. Daher ist die Ansiedelungsagentur "Invest in Bavaria" mit einer Außenstelle in Nürnberg, also in Nordbayern, vertreten. Damit können die Bedürfnisse vor Ort erfüllt und die Vorzüge dieser Region den Investoren dargestellt werden. Wir können mit guten Argumenten punkten. Wir wollen eine bessere Beratung über die Fördermöglichkeiten vor Ort erreichen. Die Förderbank hat bereits eine Außenstelle in Nürnberg. Auch in Hof soll eine Außenstelle eingerichtet werden, um den Menschen die Fördermöglichkeiten näherzubringen. Das ist ein Zeichen für die Regionen, das nicht selbstverständlich, aber das wichtig ist.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, mir ist es wichtig, dass wir im Rahmen der Nordbayern-Initiative einen Schwerpunkt bei außeruniversitären Forschungseinrichtungen setzen. Ich kann nicht alle Projekte aufzählen, aber wenigstens ein paar: das Medical Valley Cen-

ter in Forchheim, die Zukunftsfabrik 2020 am Süddeutschen Kunststoffzentrum in Würzburg, den Aufbau eines nationalen Leistungszentrums "Elektrosysteme" bei der Fraunhofergesellschaft mit Anbindung an den Siemens-Campus in Erlangen und die Errichtung eines Helmholtz-Instituts an der Universität Erlangen-Nürnberg für die Erforschung erneuerbarer Energien. Meine Damen und Herren, allein für die Nordbayern-Initiative setzen wir aus meinem Haushalt 60 Millionen Euro ein. Für die gesamte Zeit bis zum Jahr 2018 werden es 200 Millionen Euro sein. Wenn das kein Zeichen ist, weiß ich auch nicht mehr, was ich noch tun soll.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte noch ein paar Worte zur Energiepolitik sagen. Wir werden über dieses Thema noch öfter reden. Ich bin beim Energie-Dialog immer dabei. Wir haben hier eine große Aufgabe. Wer meint, mit einer Basta-Politik par ordre de Mufti durchmarschieren zu können, der täuscht sich. Wir müssen den Menschen die Maßnahmen auf sachlich fundierter Basis erklären. Dies läuft sehr gut und sehr konstruktiv. Ich bin zuversichtlich, dass wir bis Ende Januar die Ergebnisse in einem weitgehenden Konsens haben werden. Eines ist auch klar: Wir wollen viel unterstützen. Ich glaube, Frau Kohlen hat von den Energienutzungsplänen gesprochen. Diese werden zu 70 % gefördert, und es ist noch kein einziger Antrag aus den Kommunen abgelehnt worden. Deshalb reichen die Mittel auch. Das ist auch in Ordnung.

Sie werden das Problem aber nicht allein mit den Haushalten erledigen können. 20 % der Strommenge werden in den Haushalten verbraucht. Die restlichen 80 % gehen in Industrie, Handel und Gewerbe. Die eigentliche Herausforderung ist: Wie können wir den Wirtschaftsstandort sicher gestalten, und zwar im Konsens mit den Menschen? - Das ist ein Prozess, den wir zu steuern haben. Wir stehen dabei vor weiteren Herausforderungen. Ich glaube, Herr Kollege Stümpfig hat gesagt, wir würden nur 10 Millionen Euro einsetzen. Ich weiß nicht, wie Sie auf diese Zahl kommen, Herr Kollege Stümpfig. 88 Millionen Euro setzen wir insgesamt für die Energie ein. Das ist eine Größenordnung, die in keinem anderen Bundesland erreicht wird. In der Forschung ste-

hen wir vor Herausforderungen, gerade was die Speichertechnologie betrifft. Das ist keine Frage. Deshalb setzen wir an dieser Stelle auch an. Das betrifft zum Beispiel das Zentrum für angewandte Energieforschung Bayern, welches wir massiv unterstützen. Das betrifft aber auch das 10.000-Häuser-Programm.

Wir werden diese Maßnahmen ergreifen, aber das Problem ist, dass ich die derzeitige Diskussion auf Bundesebene abwarten möchte. Wir haben einen nationalen Aktionsplan Energieeffizienz, und es macht auch keinen Sinn, dass wir dasselbe machen, was der Bund ohnehin machen möchte. Sinnvoller ist es, das zu ergänzen. Ein Unterschied besteht auch darin, dass wir Zuschüsse gewähren und nicht nur eine steuerliche Absetzbarkeit ermöglichen. Wir wollen gerade innovative Technologien unterstützen. Das betrifft zum Beispiel die Speichertechnologien und Investitionen in Kraft-Wärme-Anlagen oder Investitionen in Wärmepumpen usw. und so fort – ich kann nicht alles aufzählen. Damit soll die Energieeffizienz vor Ort vorangebracht werden. Lassen Sie uns aber noch die Diskussion auf Bundesebene abwarten, damit wir die Maßnahmen nicht duplizieren, sondern ergänzen. Das kommt mit Sicherheit; denn die Mittel sind eingestellt, und ich bin mir sicher, dass wir sie dann auch gut investiv vor Ort einbringen werden.

(Beifall bei der CSU)

Wir sehen auch noch weitere Investitionen vor, die insbesondere bei der Innovation ansetzen. Ich könnte Ihnen viele Beispiele nennen, aber ich möchte jetzt nur zwei herausgreifen. Es handelt sich zwar um kleine Maßnahmen, aber sie zeigen, wo noch Forschungsbedarf besteht. Das betrifft zum Beispiel die Speicherung durch mikrobielle Methanisierung, bei der Methan aus regenerativ gewonnenem Wasserstoff und aus Kohlendioxid erzeugt wird und zum Beispiel in das Erdgasnetz eingespeist werden kann. Das ist eine Zukunftstechnologie, die die Probleme vielleicht nicht in fünf oder zehn Jahren lösen wird; aber es ist wichtig, einen zukünftigen Einsatz anzudenken. Wichtig ist auch, in mobile keramische Energiespeicher zu investieren, die die Abwär-

me aus Industrieprozessen speichern und die Energie zu den Kunden vor Ort bringen. Auch das ist eine Möglichkeit, um nur zwei kleine Beispiele herauszugreifen.

Ich kann Ihnen sagen: Das Feld der Energiepolitik ist sehr weit. Es geht nicht nur um Energie; insbesondere geht es um die Frage der Wärme und um die Überbrückung der Energieformen sowie die Umwandlung in Spitzenzeiten. Das betrifft insbesondere die Umwandlung von Strom in Wärme, um diese dann zu nutzen und dabei möglichst wenig Verluste zu erzeugen. Auf diesem Feld haben wir noch Potenzial. Wie groß das Potenzial in der Zukunft sein wird, ist in der Tat eine spannende Frage.

Es zeigt sich, dass wir bei der Stromerzeugung nicht so große Energieeffizienzen haben werden. Auch das ist eine Konsequenz aus dem Energiedialog. Wir können zwar viel einsparen – auf diesem Feld machen wir auch vieles -, aber durch neue Anwendungen brauchen wir auch immer mehr Strom. Dies zusammenzubringen, ist eine Aufgabe des Energiedialogs. Es gibt dabei keine einfachen Antworten, sondern es handelt sich um ein sehr komplexes System. Deswegen lohnt es sich, sich die drei Monate Zeit zu nehmen, um alle Belange von der Wärme über den Strom, von der Speicherung über die Energieeffizienz bis hin zu der Versorgungssicherheit zu diskutieren. Es geht um den Wirtschaftsstandort, und es geht um die Menschen. Deshalb darf man sich aber auch einen Dialog gönnen, so möchte ich fast sagen, um dann zu den besten Lösungen für Bayern zu kommen. Das werden wir machen; darüber werde ich berichten.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2015/2016, Einzelplan 07, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/3941, 3942, 4118 mit 4134, 4237 mit 4255 und 4364 mit 4366 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 14/4595 zugrunde

Vorweg lasse ich jetzt, wie von der SPD-Fraktion und der Fraktion der FREIEN WÄHLER beantragt, über die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/4126, 4364 und 4365 in einfacher Form abstimmen. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt die Änderungsanträge zur Ablehnung.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag von den Abgeordneten der SPD-Fraktion auf der Drucksache 17/4126 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – SPD und FREIE WÄHLER. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – CSU. Stimmenthaltungen? – Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf der Drucksache 17/4364 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – CSU-Fraktion. Enthaltungen? – SPD und Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf der Drucksache 17/4365 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – CSU. Enthaltungen? – SPD und Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

Der Einzelplan 07 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzenfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf der Drucksache 17/4595 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen. Es wurde namentliche Abstimmung vonseiten der CSU-Fraktion beantragt. Die Urnen stehen bereit. Ich bitte, die Stimmkarten einzuwerfen und eröffne die Abstimmung. Fünf Minuten, bitte.

(Namentliche Abstimmung von 10.48 bis 10.53 Uhr)

Die Zeit ist um. Ich schließe die Abstimmung und bitte, die Stimmkarten draußen aus-zuzählen. Das Ergebnis wird zu einem späteren Zeitpunkt bekannt gegeben. Ich bitte, die Plätze einzunehmen, damit wir in der Sitzung weiterfahren können.

(...)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentli-chen Abstimmung zum Einzelplan 07 bekannt, Tagesordnungspunkt 4. Mit Ja haben 86 gestimmt, mit Nein 68; Stimmenthaltungen: Keine.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Damit ist der Einzelplan 07 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfra-gen vorgeschlagenen Änderungen angenommen. – Ich bitte, auf allen Seiten des Hauses die Plätze einzunehmen und die Unterhaltungen einzustellen. Wir haben noch eine Abstimmung.

(Unruhe)

Ich fahre mit der Tagesordnung nicht fort, bis das geschehen ist. - Das gilt genauso für hier. - Entschuldigung, ich habe nur das gerade gesehen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge zum Einzelplan 07, soweit über sie nicht einzeln abgestimmt worden ist, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 2)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird er-mächtigt, die erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen,

der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Sehe ich keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Dann ist so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Drucksache 17/4595, weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/3941 und 3942 ihre Erledigung gefunden haben. Damit ist die Beratung des Einzelplans 07 abgeschlossen.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 10.12.2014 zu Tagesordnungspunkt 4: Haushaltsplan 2015/2016; Einzelplan 07 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie (Drucksache 17/4595)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X		Gehring Thomas		X	
Aigner Ilse	X			Gerlach Judith	X		
Aiwanger Hubert		X		Gibis Max	X		
Arnold Horst		X		Glauber Thorsten			
Aures Inge		X		Dr. Goppel Thomas	X		
				Gote Ulrike		X	
Bachhuber Martin	X			Gottstein Eva			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X		Güll Martin		X	
Bauer Volker	X			Güller Harald		X	
Baumgärtner Jürgen	X			Guttenberger Petra	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried	X						
Bause Margarete		X		Haderthauer Christine			
Beißwenger Eric	X			Häusler Johann			
Dr. Bernhard Otmar	X			Halbleib Volkmar		X	
Biedefeld Susann				Hanisch Joachim		X	
Blume Markus	X			Hartmann Ludwig		X	
Bocklet Reinhold	X			Heckner Ingrid			
Brannekämper Robert	X			Heike Jürgen W.			
Brendel-Fischer Gudrun	X			Herold Hans	X		
Brückner Michael	X			Dr. Herrmann Florian	X		
von Brunn Florian		X		Herrmann Joachim			
Brunner Helmut				Dr. Herz Leopold		X	
				Hiersemann Alexandra		X	
Celina Kerstin		X		Hintersberger Johannes	X		
				Hofmann Michael	X		
Dettenhöfer Petra	X			Holetschek Klaus	X		
Dorow Alex	X			Dr. Hopp Gerhard	X		
Dünkel Norbert	X			Huber Erwin	X		
Dr. Dürr Sepp		X		Dr. Huber Marcel	X		
				Dr. Huber Martin	X		
Eck Gerhard	X			Huber Thomas	X		
Dr. Eiling-Hütig Ute	X			Dr. Hünnerkopf Otto	X		
Eisenreich Georg				Huml Melanie	X		
Fackler Wolfgang	X			Imhof Hermann	X		
Dr. Fahn Hans Jürgen		X					
Fehlner Martina		X		Jörg Oliver	X		
Felbinger Günther							
Flierl Alexander	X			Kamm Christine		X	
Dr. Förster Linus				Kaniber Michaela	X		
Freller Karl	X			Karl Annette		X	
Füracker Albert	X			Kirchner Sandro	X		
				Knoblauch Günther		X	
Ganserer Markus		X		König Alexander	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul		X		Kohnen Natascha		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd			
Dr. Kränzlein Herbert		X	
Kraus Nikolaus		X	
Kreitmair Anton	X		
Kreuzer Thomas	X		
Kühn Harald	X		
Ländner Manfred	X		
Lederer Otto	X		
Leiner Ulrich		X	
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig	X		
Lorenz Andreas	X		
Lotte Andreas		X	
Dr. Magerl Christian		X	
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter			
Mistol Jürgen		X	
Müller Emilia	X		
Müller Ruth		X	
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander		X	
Neumeyer Martin	X		
Nussel Walter	X		
Osgyan Verena		X	
Petersen Kathi		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich		X	
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pohl Bernhard			
Pschierer Franz Josef	X		
Dr. Rabenstein Christoph		X	
Radlmeier Helmut	X		
Rauscher Doris		X	
Dr. Reichhart Hans	X		
Reiß Tobias	X		
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus		X	
Ritt Hans	X		
Ritter Florian		X	
Roos Bernhard		X	
Rosenthal Georg		X	
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold	X		
Sauter Alfred	X		
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry		X	
Schindler Franz		X	
Schmidt Gabi		X	
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Schöffel Martin	X		
Schorer Angelika	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja	X		
Schreyer-Stäblein Kerstin	X		
Schulze Katharina			
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten	X		
Dr. Schwartz Harald	X		
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl	X		
Sengl Gisela		X	
Sibler Bernd	X		
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin		X	
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana		X	
Stamm Barbara	X		
Stamm Claudia		X	
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus	X		
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Straub Karl	X		
Streibl Florian		X	
Strobl Reinhold		X	
Ströbel Jürgen			
Dr. Strohmayr Simone		X	
Stümpfig Martin		X	
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter	X		
Tomaschko Peter			
Trautner Carolina	X		
Untertländer Joachim	X		
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen	X		
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. Waschler Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst	X		
Weikert Angelika		X	
Dr. Wengert Paul		X	
Werner-Muggendorfer Johanna		X	
Westphal Manuel	X		
Widmann Jutta		X	
Wild Margit			
Winter Georg			
Winter Peter	X		
Wittmann Mechthilde	X		
Woerlein Herbert		X	
Zacharias Isabell		X	
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno		X	
Gesamtsumme	86	68	0

Mitteilung

zu Tagesordnungspunkt 4

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 07:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Annette Karl, Günther Knoblauch u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zuwendung zur Errichtung eines Wachstumsfonds
(Kap. 07 03 Tit. 686 01)
Drs. 17/4118
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Andreas Lotte, Annette Karl u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Ausgaben zur Förderung des Handwerks
(Kap. 07 03 Tit. 686 51)
Drs. 17/4119
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Andreas Lotte, Annette Karl u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung der Wirtschaftsforschung
(Kap. 07 03 Tit. 686 60)
Drs. 17/4120
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Annette Karl, Günther Knoblauch u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung neuer Technologien und des Technologietransfers
(Kap. 07 03 Tit. 686 63)
Drs. 17/4121
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Andreas Lotte, Annette Karl u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Technologieorientierte Unternehmensgründungen
(Kap. 07 03 Tit. 683 64)
Drs. 17/4122
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Annette Karl, Günther Knoblauch u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur Förderung von Luft- und Raumfahrttechnologien
(Kap. 07 03 Tit. 683 65)
Drs. 17/4123
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Bernhard Roos, Annette Karl u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Machbarkeitsstudie und Anschubfinanzierung für ein Forschungsinstitut in Niederbayern
(Kap. 07 03 neue TG)
Drs. 17/4124
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Annette Karl, Günther Knoblauch u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Bayerisches Mittelstandskreditprogramm
(Kap. 07 04 Tit. 891 01)
Drs. 17/4125
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Annette Karl, Günther Knoblauch u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Regionale Wirtschaftsförderprogramme, Zuschüsse an private Unternehmen
(Kap. 07 04 Tit. 892 72)
Drs. 17/4126

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Susann Biedefeld, Annette Karl u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung kommunaler Thermen in Regionen Bayerns mit besonderem Handlungsbedarf
(Kap. 07 04 TG 78)
Drs. 17/4127
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Annette Karl u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Kommunale Energieberater - Zuschüsse an Kommunen für Organisation und Moderation der Energiewende vor Ort
(Kap. 07 05 Tit. 428 75)
Drs. 17/4128
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Annette Karl u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zuschüsse für die Erstellung von Energienutzungsplänen (ENP) in Gemeinden
(Kap. 07 05 Tit. 633 78)
Drs. 17/4129
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Annette Karl u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Energieberatung für Bewohner von gefördertem Wohnungsbau
(Kap. 07 05 Tit. 633 78)
Drs. 17/4130
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Annette Karl u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Energetische Sanierung von privaten Geschossmietwohnungen
(Kap. 07 05 TG 75 - 78 neuer Tit.)
Drs. 17/4131
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Martina Fehlner, Annette Karl u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Bayerische Filmförderung
(Kap. 07 06 Tit. 686 01 und Tit. 686 03)
Drs. 17/4132
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Martina Fehlner, Annette Karl u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Kosten für Sachverständige
(Kap. 07 08 neuer Tit. 526 11)
Drs. 17/4133
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Harald Güller, Annette Karl u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Erwerb von Dienstfahrzeugen für die Eichverwaltung
(Kap. 07 09 Tit. 811 01)
Drs. 17/4134
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Personalausgaben
(Kap. 07 01 Tit. 422 01)
Drs. 17/4237
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zuwendungen zur Errichtung eines Wachstumsfonds für Beteiligungen an technologieorientierten Start-ups in der Wachstumsphase
(Kap. 07 03 Tit. 686 01)
Drs. 17/4238
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zentrum Digitalisierung
(Kap. 07 03 Tit. 686 24)
Drs. 17/4239
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zuschüsse zur Errichtung und Ausstattung von Schulungsstätten der Wirtschaft
(Kap. 07 03 Tit. 894 56)
Drs. 17/4240

22. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Ausgaben zur Förderung der Wirtschaftsforschung
(Kap. 07 03 TG 60 - 61)
Drs. 17/4241
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur Durchführung des Förderprogramms Elektromobilität und innovative Antriebstechnologien für mobile Anwendungen
(Kap 07 03 Tit. 683 63)
Drs. 17/4242
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zuschuss zur Errichtung einer Demonstrations- und Referenzanlage der industriellen Biotechnologie
(Kap. 07 03 Tit. 892 64)
Drs. 17/4243
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur Durchführung des Wettbewerbs m4 Award
(Kap. 07 03 Tit. 686 65)
Drs. 17/4244
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur Förderung von Forschungs-, Entwicklungs- und Technologieprojekten zur Digitalisierung Bayerns
(Kap. 07 03 Tit. 685 69)
Drs. 17/4245
27. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Streichung der Mittel für die Clusterförderung
(Kap. 07 03 TG 92 Tit. 686 92)
Drs. 17/4246
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur Tourismuswerbung und für Maßnahmen zur Förderung des Tourismus
(Kap. 07 04 TG 78 Tit. 686 78)
Drs. 17/4247
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderprogramm dezentrale Kraft-Wärme-Kopplung
(Kap. 07 05 neuer Tit.)
Drs. 17/4248
30. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderprogramm Nahwärmenetze
(Kap. 07 05 neuer Tit.)
Drs. 17/4249
31. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Energiesparberatung vor Ort
(Kap. 07 05 neuer Tit.)
Drs. 17/4250
32. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Keine Mittel für undurchschaubare Modellprojekte im Energiebereich
(Kap. 07 05 Tit. 893 75)
Drs. 17/4251

33. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Dauersubventionierung des Lokalfernsehens beenden
(Kap. 07 08 Tit. 683 01)
Drs. 17/4252
34. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Bedarfsgerechte Förderung der Medien-Messen
(Kap. 07 08 Tit. 685 01)
Drs. 17/4253
35. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Gezielte Förderung der Medienkompetenz
(Kap. 07 08 Tit. 686 07 und Kap. 05 04 neuer Tit.)
Drs. 17/4254
36. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Mediennetzwerk Bayern
(Kap. 07 08 TG 55)
Drs. 17/4255
37. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Bildungsgutscheine für die Meisterausbildung
(Kap. 07 03 neuer Tit.)
Drs. 17/4364
38. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Jutta Widmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Sonderprogramm Dorfwirtschaften
(Kap. 07 04 TG 72 neuer Tit.)
Drs. 17/4365
39. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Regionale Wirtschaftsförderung
(Kap. 07 04 Tit. 892 72)
Drs. 17/4366